Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1922 Nr. 76 — Jahrgang 215

Bezugspreis: monatlich Mk. 12.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.

Abend-Ausgabe — **Dienstag, 14. Februar**

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 4 mm breite mm-Grundzeile 1.20 M. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 6.00 M. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5669 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Milliardenschäden des Streiks

Was hat der Streik im Februar gekostet?

Diese Frage ist erschöpfend nicht zu beantworten, aber einige Zahlen sollen doch genannt werden, um zu zeigen, welche Kosten ein Streik wie der letzte verursachen kann. Die Reichsverkehrsverwaltung berechnet den Einnahmeausfall während des Streiks auf 1,8 Milliarden Mark, den Schaden durch Materialzerstörung usw. auf etwa 500 Millionen Mark, die Stadt Berlin hat Ausfälle von 50 Millionen Mark Einnahmen und etwa 12 Millionen Materialschaden. Dazu kommen die Ausgaben für die technische Nothilfe, so daß **Reich und Stadt Berlin allein einen vorläufigen Schaden von 2,4 Milliarden rund herausrechnen.** Dazu kommt der garnicht zu schätzende Schaden der Industrie, der Reichspost und der Einzelpersonen an Verdienstmöglichkeit und direkten unnötigen Ausgaben.

Konferenzbeginn Mitte April?

Rom statt Genua?

Paris, 14. Februar.

Der „Intransigeant" teilt ohne nähere Quellenangabe mit, daß die Konferenz von Genua bis zum 15. April vertagt werden könne. In diesem Falle werde die Konferenz nicht in Genua, sondern in Rom oder in einer anderen größeren italienischen Stadt abgehalten werden.

Wie „Oeuvre" mitteilt, hat Poincaré das englische Auswärtige Amt wissen lassen, daß die Forderung, die Konferenz um drei Monate zu verschieben, das Maximum dessen darstelle, was er als Vorbereitungszeit verlangt habe. Daraus dürfe man schließen, daß ein Kompromiß zustandekommen und daß die Eröffnung der **Konferenz von Genua auf Mitte April verschoben** werden wird.

Ein Telegramm aus Rom meldet, daß Bonomi mit dem Korrette über die eventuelle Vertagung der Konferenz von Genua beraten habe. Ehe die italienische Regierung einen Entschluß fasse, werde sie sich davon überzeugen, inwieweit die französische Auffassung berechtigt sei und noch andere Regierungen die französische Meinung teilten. Bonomi hatte ferner eine Unterredung mit dem englischen Botschafter. Man hält es in London für wahrscheinlich, daß auch die italienische Regierung der Vertagung zustimmen werde, so daß die Konferenz verschoben werden dürfte.

Die französische Regierung hat gestern dem englischen Auswärtigen Amt mitteilen lassen, daß sie den Vorschlag annehme, der besagt, es möge eine Sachverständigenkonferenz für die Genueser Konferenz baldigst zusammentreten.

w. **Paris**, 14. Februar.

Der Finanzausschuß der Kammer hatte sich auch mit den Kosten der Mobilisation der Jahresklasse 1919 in Höhe von 100 Millionen Francs zu befassen, die seinerzeit angeordnet worden war, um einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, damit sie das Ultimatum vom 10. Mai 1921 annehme. Gegen die Absicht der französischen Regierung, diese Ausgaben ins Budget aufzunehmen, dessen Rückerstattung Deutschland zufalle, haben aber einige Alliierte Widerspruch erhoben. Infolgedessen hat die französische Regierung diese Ausgaben auf das gewöhnliche Budget übernommen. Der Finanzausschuß hat aber noch nicht zugestimmt und er scheint auch noch dem „Matin" nicht entschlossen zu sein, dieser Maßnahme zuzustimmen.

England und Frankreich

w. **London**, 15. Februar.

Lloyd George erklärte im Unterhause in Beantwortung einer Anfrage, Rußland habe die Einladung des italienischen Premierministers zur Teilnahme an der Konferenz von Genua am 8. März angenommen und zwar ohne Vorbehalt. In Erwiderung auf eine weitere Anfrage teilt Lloyd George mit, daß die Namen der britischen Vertreter bei der Konferenz von Genua noch nicht feststehen. **Ob die Konferenz am 8. März zusammentreten wird, liege vollkommen bei der italienischen Regierung. Im gegenwärtigen Augenblick komme eine Verschiebung nicht in Frage.** Weiterhin sagt Lloyd George, daß das Parlament Gelegenheit erhalten habe, die Bedingungen des französischen Paktes zu erörtern, bevor irgend welche Verpflichtungen im Zusammenhang damit von Großbritannien übernommen werden. Von einem anderen Regierungsvertreter wurde mitgeteilt, daß noch keinerlei Vereinbarungen mit Frankreich über die Einteilung der bereits von Deutschland gezahlten einen Milliarde Goldmerke erteilt worden sei. Die Frage sei in Cannes erörtert worden. Es sei jedoch vor dem Rücktritt Briands bezw. vor Schluß der Konferenz von Cannes keinerlei endgültiges Uebereinkommen zustande gekommen.

Bei der Fortsetzung der Debatte über die Antwortadresse brachte Asquith im Unterhause einen Abänderungsantrag ein, in dem das Bedauern des Unterhauses über die übertriebenen Ausgaben und darüber ausgesprochen wird, daß infolge der Finanzpolitik der Regierung die Steuerlast des Landes so erheblich sei. Asquith wies besonders auf die Rede von Geddes hin, kritisierte die Ausgaben für Heer und Marine und schloß mit der Bemerkung, wenn Großbritannien und die anderen Länder wieder auf eine solidere Grundlage kommen wollten, so müßten alle seit dem Kriege getroffenen Abmachungen, soweit sie dem Wiederaufbau im Wege ständen, aufgegeben werden. Sir Robert Horne verteidigte die Finanzpolitik der Regierung und erklärte, bei der die ganze Welt beherrschenden Erregung müsse die Sicherheit des britischen Reiches durch ein ausreichendes Heer garantiert werden. Auf Grund des Vorschlages von Geddes seien bereits in diesem Jahr von den Ausgaben Abstriche in Höhe von 40 Millionen Pfund Sterling gemacht worden.

Deutschnationaler Parteitag Potsdam II

Berlin, 14. Februar.

Lp. Der Landesparteitag Potsdam II begann gestern im großen Saale des Spichernhauses, Spichernstraße 8. Nach dem Friderieus-Marsch nahm der Vorsitzende des Landesverbandes, Abg. **Graf Westarp** das Wort zu einer Begrüßung und daran anschließend zu einem politischen Rückblick. Er kam zu dem Schlusse: Mögen am Mittwoch die Dinge laufen wie sie wollen; mag **Wirth** vielleicht mit 10 bis 15 Stimmen formell an der Regierung bleiben; mag die Entwicklung gar weiter nach links drängen — der Kopf von Groener und Hermes und der nötigliche Verzicht auf Sühne für den Eisenbahnerstreik wäre der Preis! — Mag die Entwicklung mehr nach rechts gehen — eins ist unter allen Umständen notwendig: einheitlich und geschlossen müssen wir dastehen, mit festem, klarem Kopf müssen wir den Dingen entgegengehen. Das können wir nur, wenn wir hinter uns eine Partei haben, die uns vertraut.

Graf Westarp sprach dann von der notwendigen Volksgemeinschaft und schloß mit einem festen Bekenntnis zu Kaiser und Reich. Die Versammlung beantwortete das mit anhaltender lauter Zustimmung.

Staatsminister Hergt hielt darauf eine längere politische Ansprache, in der er bemerkte, daß dem Politiker zwischen den Schlachten — am Sonnabend und am nächsten Mittwoch — Zurückhaltung gebühre. In den Wandelgängen des Reichstages herrsche **große Aufregung.** Vielleicht werde das Wort „Verhandlung" für das deutsche Volk wieder einmal seine Bedeutung erhalten. Uns sicht das nicht. Abg. Hergt legte dann dar, warum die Deutschnationalen am Sonnabend dem Vertagungsantrage zugestimmt und nicht die Situation ausgenützt haben, um die Regierung sofort zu Fall zu bringen. Es war eine Zufallssituation gewesen, der vierte Teil des Reichstages sei nicht anwesend gewesen. Wohlbegründete Erwägungen haben zu diesem Entschlusse geführt. Unsere Mitterlichkeit müssen auch unsere Gegner anerkennen. Nun ist ein Tag festgesetzt, wo die Verstärkungen herangeholt werden können. Entweder bleibt der Kanzler mit Hilfe der Unabhängigen: Dann hat das Kabinett abgewirtschaftet in noch kürzerer Zeit, als wir es erwarten konnten. Oder: Das Kabinett bleibt, indem es sich auf eine matte Mehrheit stützt und sich mit einem Vertrauensvotum abfindet, das keins ist. Auch dieser Ausweg ist einer auf kürzeste Zeit. Zurückgehen von Genua, würde das Kabinett bald zusammenbrechen. Fragen Sie doch, wonach das Volk sich in den Streiktagen sehnte: Nach einer starken Regierung!

Graf Westarp sprach dem Abg. Hergt unter lebhaftem Beifall den besonderen Dank aus.

Nach einem Gruß des Wilmersdorfer Kreisvereins begann dann die lange Reihe der Einzelvorträge.

Die Genfer Beratungen

w. **Genf**, 14. Februar.

Die deutschen und die polnischen Vorsitzenden der einzelnen Unterausschüsse sind gestern in die Verhandlungen eingetreten, und zwar für den ersten Unterausschuß Staatssekretär a. D. Lewald von deutscher und Wasserberger von polnischer Seite, für den zwölften Unterausschuß Reichsminister a. D. Simon und Dr. Pradzynski. Der siebente Unterausschuß (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisation), der für Deutschland von Ministerialdirektor Sitzler und für Polen von Sokal geleitet wird, wird in den nächsten Tagen voraussichtlich deutsche und polnische Gewerkschaftler zu seinen Arbeiten heranziehen. Den Beratungen der Unterausschüsse wohnt je einer der Mitarbeiter des Präsidenten Calonder bei. Die Verhandlungen, die Ministerialdirektor von Stockhammern für Deutschland und Ingenieur Falter für Polen führen wird, werden sich im wesentlichen nur auf die Fragen beschränken, die allerdings je nach ihrer Entscheidung rückwirkende Folgen haben können. Alle anderen Wirtschaftsfragen haben vorläufig zu einer befriedigenden Einigung geführt, und man hofft, daß die Lösung der alle noch offenstehenden Fragen das bisher erzielte Ergebnis sicherstellen werden.

Abstimmungsmöglichkeiten

Die Reichstagsverhandlungen über den Eisenbahn-Beamtenstreik haben am Sonnabend mit der Einbringung von vier Mißtrauensanträgen und einem Vertrauensantrage geendet. Die Abstimmung über diese Anträge wurde auf den kommenden Mittwoch vertagt. Der „Vorwärts" kennzeichnet die politische Gesamtlage mit den Worten: „Es wird der härteste Abstimmungskampf werden, der im Reichstag seit der Einführung des parlamentarischen Systems erlebt worden ist." Es erscheint deshalb angebracht, sich die Vorgänge während dieser Verhandlungen im Zusammenhang vor Augen zu führen.

Noch bevor der Reichskanzler seine erste Rede über den Beamtenstreik gehalten hatte, wußte man, was die Unabhängigen und Kommunisten bezweckten. Die Regierung hatte bei Ausbruch des Streiks einige Handlungen vorgenommen, wie Verhaftung von Streikführern und Beschlagnahme von Streikgeldern, die auf die Absicht der Wahrung der Staatsautorität zu deuten schienen, und die deshalb die lebhafteste Unzufriedenheit der äußersten Linksparteien hervorriefen. Diese Maßnahmen der Regierung wieder rückgängig zu machen, war das Ziel der Unabhängigen und Kommunisten im Reichstage. Ein kommunistischer Antrag lautete daher:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen: 1. Etwaige beschlagnahmte Streikgelder sind sofort freizugeben. 2. Verhaftungen sind, soweit die Verhafteten sich noch nicht auf freiem Fuße befinden, sofort aufzuheben. 3. Die Reichsregierung wird ersucht, bei der Landesregierung dahin zu wirken, daß der Berliner Magistrat Maßregelungen aus Anlaß des Berliner Gemeindearbeiterstreiks nicht vornimmt und vorgekommene Maßregelungen rückgängig macht."

Die Unabhängigen hatten einen eigenen Antrag eingebracht, der folgenden Wortlaut hatte:

„Der Reichstag mißbilligt, daß eine Ausnahmeverordnung unter Verantwortung der Reichsregierung gegen die streikenden Eisenbahnbeamten erlassen wurde, daß dadurch das Streikrecht der Beamten angefochten worden ist, daß die Reichsregierung den Achtstundentag antastet, daß sie Verhandlungen abgelehnt hat und daß sie die Disziplinierung von streikenden Beamten vornimmt."

Hierzu hatte eine andere kommunistische Gruppe folgenden Zusatzantrag gestellt: „Die Erklärungen der Reichsregierung entsprechen nicht den Anschauungen des Reichstages."

Nicht so klar erkennbar war von vornherein das parlamentarische Ziel der rechts von den Demokraten stehenden Parteien. Von den Deutschnationalen wußte man, daß sie entschieden mit dem System abrechnen würden, das zu diesem Beamtenstreik geführt hatte, aber es stand vom Beginn der Verhandlungen an noch nicht fest, ob ihre Kritik in einem formulierten Mißtrauensantrage gipfeln würde, oder ob sie sich, wie bei dem Steuerkompromiß, mit einer Erklärung, über die keine Abstimmung stattfindet, begnügen würden. Die Haltung des Reichskanzlers veranlaßte sie jedoch diesmal zu dem folgenden formulierten Mißtrauensantrage:

„Da die Reichsregierung durch ihr bisheriges schwächliches Verhalten und durch ungenügenden Schutz des pflichttreuen Personals an dem Ausbruch des Eisenbahnerstreiks selbst mitschuldig ist, und angesichts der Tatsache, daß beim Eisenbahnerstreik die Taten des Reichskanzlers nicht mit seinen Worten übereinstimmen, hat der Reichstag nicht die Zuversicht, daß die Staatsautorität in den Händen der von dem Reichskanzler Dr. Wirth geleiteten Reichsregierung genügend gewahrt ist, und versagt infolgedessen der Regierung das Vertrauen, dessen sie nach der Reichsverfassung zur Führung der Geschäfte bedarf."

Die Deutsche Volkspartei dagegen wußte zuerst nicht, wie sie sich entscheiden sollte. Ihr rechter Flügel zeigte Neigung, sich dem deutschnationalen Antrage anzuschließen, doch die Stresemann-Gruppe hatte taktische Bedenken, und so brachte die Partei denn einen eigenen Antrag ein, der lautete:

„Der Reichstag mißbilligt:

1. daß der Herr Reichskanzler die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar gegen offenbare Verstöße nicht angewendet hat;

2. daß der Herr Reichskanzler im Widerspruche mit den Erklärungen der Reichsregierung mit Führern der Streikenden hat, bevor der Streik beendet war;

3. daß der Herr Reichskanzler in bezug auf die disziplinare Behandlung von Dienstvergehen Zusagen gemacht hat, die namentlich im Zusammenhang mit seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 10. d. M. geeignet sind, die Staatsautorität zu gefährden und die pflichttreuen Beamten zu verwirren.

Der Reichstag spricht deshalb dem Herrn Reichskanzler Dr. Wirth sein Mißtrauen aus."

Vergleicht man diese verschiedenen Anträge, dann ergibt sich, daß das Ziel der Unabhängigen und Kommunisten eigentlich nicht auf den Sturz der Reichsregierung gerichtet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192202142-14/fragment/page=0001

ist, sondern nur darauf, einen Druck auf die Regierung auszuüben, um sie zur Zurücknahme ihrer Maßnahmen gegen die Streikführer zu veranlassen. Lediglich der von einer radikalen kommunistischen Gruppe gestellten Zusatzantrag zu dem unabhängigen Antrage — den die Unabhängigen jedoch ablehnen — kann die Wirkung haben, das Kabinett zu Fall zu bringen. Im allgemeinen wollen die Kommunisten nur die Hindernisse beseitigt sehen, die nach ihrer Ansicht einer weiteren Revolutionierung der Eisenbahner im Wege stehen, und die Unabhängigen haben sich wohl in der Hauptsache aus Wettbewerbsrücksichten mit den Kommunisten zur Einbringung ihres Antrages genötigt gesehen. Beiden Parteien, namentlich aber den Unabhängigen, liegt an einer Beseitigung des Kanzlers Dr. Wirth nicht viel. Sie könnten sich kaum einen besseren Sachwalter ihrer Interessen in der Reichsregierung wünschen.

Die Anträge der beiden Volksparteien dagegen laufen ganz ausgesprochen auf den Sturz des Kabinetts Wirth hinaus. Aber auch zwischen ihnen besteht noch ein wesentlicher Unterschied. Während die Deutsche Volkspartei nur den Reichskanzler Dr. Wirth persönlich zu Fall bringen will, danach und nach ihrer ganzen bisherigen Haltung aber einer Regierung derselben Parteien mit einem anderen Kanzler nicht feindlich gegenübersetzen würde, ist das Ziel des deutschnationalen Antrages die Beseitigung dieser ganzen Regierung und eine Aenderung des bisherigen Kurses der deutschen Politik.

* * *

Daß auch nur einer dieser vier bzw. fünf Mißbilligungsanträge eine Mehrheit des Reichstages auf sich vereinigt hätte, ist nicht anzunehmen, da die Unzufriedenheit der antragstellenden Parteien mit dem Kabinett Wirth auf Gründen beruht, die auf der linken und rechten Seite des Reichstags sich scharf widersprechen. Die Gesamtzahl der unzufriedenen Abgeordneten könnte zwar unter Umständen die Mehrheit des Reichstags ausmachen, wenn die verschiedenen Anträge auch immer mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt werden, aber eine auf diese Weise zustande gekommene Reichstagsmehrheit, die die Politik der Regierung mißbilligt, braucht nicht zu einem Rücktritt des Kabinetts zu führen. Nach Artikel 54 der Verfassung muß sich eine Mehrheit des Reichstages auf einen Antrag vereinigen, der der Regierung das Vertrauen des Reichstages entzieht. Das würde der Fall sein, wenn der Antrag den Wortlaut hätte: „Der Reichstag mißbilligt die Haltung der Regierung während des Eisenbahnerstreiks." Ein so formulierter Antrag würde zweifellos eine Mehrheit im Reichstage finden, denn mit der Haltung der Regierung während des Streikes sind sowohl die beiden Volksparteien wie die Unabhängigen und Kommunisten, und sind auch noch andere kleinere Parteien, wie die Bayerischen Volkspartei, recht unzufrieden gewesen — wenn auch aus den entgegengesetzten Gründen. Nach der Annahme dieses Antrages würde die Regierung gestürzt sein. Aber wie es scheint, ist ein solcher Antrag nicht zulässig. Vielmehr muß jeder Mißtrauensantrag eine Begründung enthalten, und auf diese Weise ist es bei den deutschen Parteiverhältnissen fast unmöglich, durch Rechts- und Linksopposition die Regierung der Mitte zum Rücktritt zu veranlassen.

Wenn demnach die hinter den verschiedenen Mißtrauensanträgen stehenden Parteien zusammen auch die Mehrheit des Reichstages bilden sollten, so würde für das Kabinett Wirth daraus noch keine rechtliche Verpflichtung zum Rücktritt zu entnehmen sein. Wenn Regierungsparteien und Regierung es bei der Ablehnung dieser Anträge bewenden ließen, dann könnte alles beim alten bleiben. Das „Berliner Tageblatt" würde dann jedenfalls, wie nach der Annahme des Steuerkompromisses, wohl wieder von einem „indirekten Vertrauensvotum" gesprochen haben. Ein solches scheint dem Reichskanzler Wirth indes dieses Mal nicht zu genügen. Denn nach der Beendigung der Aussprache im Reichstage, als zur Abstimmung über die Mißtrauensanträge geschritten worden sollte, forderte er zur allgemeinen Ueberraschung des Hauses die Einbringung eines positiven Vertrauensantrages. Will er damit, wie er es auf dem Zentrumsparteitage angekündigt hatte, seinen Gegnern in der „offenen Feldschlacht des Plenums" entgegentreten, um die Parteien zu zwingen, Farbe zu bekennen? Oder beabsichtigt er damit noch etwas anderes? —

Die drei Regierungsparteien beeilten sich danach, den verlangten Vertrauensantrag einzubringen, der folgenden Wortlaut hat: „Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung."

* * *

Nunmehr mußten die Schwierigkeiten für Regierung und Regierungsparteien beginnen, die sich möglicherweise zu einer Regierungskrise verdichten können. Das Zentrum beantragte deshalb Vertagung der Abstimmung bis Mittwoch, um bis dahin hinter den Kulissen nach einem Ausweg zu suchen. Die gegenwärtige Parteigruppierung im Reichstage ergibt folgendes Bild:

Regierungsparteien:

Sozialdemokratie	108	Abgeordnete
Zentrum	72	„
Demokraten	40	„
	220	Abgeordnete

Oppositionsparteien:

Deutschnationale	71	Abgeordnete
Deutsche Volkspartei	65	„
Unabhängige	61	„
Kommunisten	25	„
	222	Abgeordnete

Unsichere Haltung gegenüber der Regierung:

Bayerische Volkspartei	20	Abgeordnete
Bayerischer Bauernbund	4	„
Welfen	2	„
	26	Abgeordnete

Wenn am Abstimmungstage alle Parteien vollzählig oder verhältnismäßig in gleicher Vollzähligkeit erscheinen, dann wird das Ergebnis von der Haltung der Bayerischen Volkspartei abhängen, mit deren Hilfe die Regierungsparteien erst eine Mehrheit für den Vertrauensantrag erhalten. Ob diese Partei jedoch geschlossen für den Vertrauensantrag zu haben sein wird, ist mehr als fraglich. Es heißt, daß die Fraktion die Abstimmung freigeben wird, und daß dann ungefähr fünf Abgeordnete für das Vertrauensvotum stimmen werden, während sich die übrigen Mitglieder der Fraktion höchstens der Stimme enthalten dürften. Ueberdies scheint bereits jetzt festzustehen, daß von Zentrum und Demokraten eine ganze Anzahl Abgeordneter fehlen werden. Da auch nur eine geringe Mehrheit von fünf bis zehn Stimmen in Aussicht steht, wenn bei vollzähliger Anwesenheit der Regierungsparteien die Bayrische Volkspartei geschlossen für den Antrag stimmt, und diese geringe Mehrheit auch nur erreicht wird, wenn sämtliche Minister ihre Stimmen mit abgeben, so ist der Ausgang außerordentlich zweifelhaft.

Die Regierungsparteien bemühen sich deshalb krampfhaft, von links oder rechts Unterstützung zu gewinnen. Die Demokraten bitten, beschwören, bedrohen und beschimpfen die Deutsche Volkspartei, ihren Mißtrauensantrag fallen zu lassen und für den Vertrauensantrag zu stimmen. Es sieht aber noch immer so aus, als ob die Deutsche Volkspartei fest bleiben werde. Die Mehrheitssozialisten dagegen versuchen die Unabhängigen für das Vertrauensvotum zu interessieren. Die Verhandlungen haben auch schon begonnen, und das Mindeste, was die Unabhängigen für ihre Zustimmung fordern, ist die Ausschiffung der Minister Hermes und Gröner aus dem Reichskabinett. Ob Zentrum und Demokraten jedoch auf diese Forderung eingehen werden, ist noch sehr ungewiß. Der „Vorwärts" führt den Unabhängigen vor Augen, daß das gesamte Ausland in einem Sturz des Kabinettes Wirth nichts anderes als die Abkehr von der Erfüllungspolitik sehen würde, die doch auch von den Unabhängigen bisher immer so warm unterstützt wurde. Und er versucht ihnen damit gruselig zu machen, daß noch dem Kabinett Wirth, in dem vier sozialdemokratische Minister sitzen — von Wirth selbst und dem göttlichen Rathenau noch ganz abgesehen — ein Kabinett Hergt-Helfferich-Westarp kommen könne. Den Unabhängigen sollte deshalb nicht verborgen bleiben, „ob für das Schicksal des deutschen Volkes die Entlassung einiger Streikführer oder die Wahl zwischen Erfüllungs- und Revanchepolitik von höherer Bedeutung ist!" (Zwischen den Zeilen ist da zu lesen: wenn nur Wirth bleibt, werden auch die entlassenen Streikführer wieder eingestellt werden.) Wie sich die Unabhängigen aber entscheiden werden, ist noch ungewiß.

* * *

Die Vertagung der Abstimmung ist, einschließlich der Stimmen der beiden Volksparteien, nur gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten beschlossen worden. Aus der Presse der Regierungsparteien geht hervor, daß diese Haltung der beiden Volksparteien Verwunderung im Reichstage hervorgerufen hat. In der Berliner Reichspresse ist darauf die Frage aufgeworfen worden, ob durch Abstimmung über die Anträge am Sonnabend die Regierung hätte zu Fall gebracht werden können. Die „Deutsche Zeitung" ist dieser Ansicht:

„Auch die Rechtsparteien standen auf: das war die Ueberraschung, das war das Bedauerliche. „Ueberrumpelungen", „Rücksicht auf eine starke Fraktion, die gern erst vollzählig sein möchte" — solche Entschuldigungen können hier nicht gelten. Denn die Wahrscheinlichkeit, den Reichskanzler Wirth zu stürzen, war da, und die Gelegenheit wurde verpaßt. Hatte man denn Angst vor der eigenen Ueberzeugung? Was aber der Mittwoch bringt, kann noch kein Prophet sagen."

Diese Auffassung scheint eine Bestätigung durch eine Auslassung des „Berliner Tageblattes" zu erfahren, die zur selben Zeit wie diejenige der „Deutschen Zeitung", also von dieser unbeeinflußt, erschien, und in der es hieß:

„In der Tat war das Zentrum gestern im Reichstage auffallend schwach vertreten. Kaum zwei Drittel der Fraktion waren zur Stelle. Auch die Reihen der beiden anderen Regierungsparteien wiesen erhebliche Lücken auf, während auf der rechten und auf der linken Seite des Hauses das Parkett ziemlich vollzählig besetzt war."

Eine andere Auffassung vertritt jedoch Graf Westarp in der „Kreuzzeitung", der schrieb:

„Nach meinen Beobachtungen steht jede Vermutung darüber, wie die Abstimmung ausgefallen sein würde, auf ganz schwachen Füßen, um so mehr, als ungewiß ist, welche Haltung die Bayern, die infolge des Streiks besonders schwach vertreten waren, eingenommen haben würden. So wäre das Schicksal der Regierung Wirth von einer bloßen Zufallsmehrheit abhängig gewesen. Deshalb konnte man sich, wenn man in dieser wichtigsten politischen Frage der letzten Zeit eine den wirklichen Parteiverhältnissen entsprechende Entscheidung herbeiführen wollte, dem Antrage auf Vertagung nicht entziehen."

Wie die Abstimmungsaussichten tatsächlich waren, läßt sich von hier aus nicht übersehen. Wie sie morgen sein werden, ist gegenwärtig noch schwer zu sagen.

Helmut Böttcher.

Anerkennung der Sowjetregierung durch Frankreich

Die Verhandlungen des Pariser Delegierten der russischen Sowjetregierung, Skobelew, mit der französischen Regierung haben nunmehr zum Abschluß eines Vertrages zwischen beiden Staaten geführt. Ueber den Inhalt dieses einstweilen noch geheim gehaltenen Vertrages verlautet bisher nur soviel, daß Frankreich sich verpflichtet, die Sowjetregierung anzuerkennen, während letztere die Kriegs- und Vorkriegsschulden übernimmt. Die Sowjetregierung verpflichtet sich weiter, an Frankreich Aufträge an Waren- und Industrieprodukten im Werte von 800 Millionen Frank zu vergeben.

Ein Streikerlaß Friedrichs des Großen

Es dürfte wenig bekannt sein, daß schon Friedrich dem Großen Arbeitseinstellungen große Sorgen verursacht haben, und daß er sich genötigt sah, dagegen mit Strafen einzuschreiten. Es handelte sich um den sogenannten „blauen Montag", der bei den Handwerkern zur Gewohnheit geworden war. Zugleich aber hat der weise König vorgesehen, daß Ueberstunden besonders belohnt werden sollten. Wir erfahren dies alles aus dem faksimilierten Neudruck eines Erlasses vom 24. März 1783, den Ernst Schulz-Besser den Leipziger Bibliophilen zu ihrer Jahresversammlung gestiftet hat. Der König führt darin aus, daß er sich mit dem Kaiser und den Reichsständen nach reiflichen Beratschlagungen auf dem Reichstag zu Regensburg wegen Abstellung verschiedener, bei den Handwerkszünften noch obwaltender Mißbräuche vereinigt und folgende, zum Besten des Staates und der Handwerker abzielende Verordnungen getroffen habe:

So setzen, ordnen und verbieten Wir hiermit, daß der sogenannte freie oder blaue Montag bei allen denjenigen Gewerken und Innungen, wo derselbe im Schwange gehen sollte, gänzlich eingestellt und die Gesellen an allen Montagen ebenso fleißig und lange als an den übrigen Werktagen arbeiten sollen.

Um nun diesen Unfug, welcher den Staat um eine zweimonatliche Arbeit, die Handwerksmeister und Gesellen zur Ueppigkeit und der darauf notwendig erfolgenden Armut bringet, auf das sicherste abzustellen, befehlen Wir hiermit aufs ernstlichste, daß jeder Meister, dessen Geselle sich des Montags ohne rechtmäßige Entschuldigung von seiner Arbeit entfernet, selbigen bei zwei Rthlr. Strafe sofort anzeigen, und ein solcher Geselle, welcher diesen Mißbrauch hartnäckig fortsetzen will, das erste Mal mit achttägigem, das andere Mal mit vierzehntägigem Arrest bei Wasser und Brot bestrafet, das dritte und folgende Mal aber als ein fürstlich boshafter Uebertreter Unserer Gesetze mit vierwöchentlicher Zuchthausstrafe beleget, alsdann für Handwerks-unfähig und untüchtig gehalten und auf sein Handwerk an keinem Ort passieren soll, so lange und bis derselbe zu seinem Handwerk wiederum öffentlich admittiret worden.

Wir wollen auch ferner, daß diejenigen Meister und Gesellen, so dergleichen boshafte Uebertreter wissentlich für tüchtig und handwerksfähig halten und zur Treibung des Handwerks beförderlich seyn wollen, mit eben dieser Strafe und in gleichmäßiger Progression beleget werden sollen . . . .

Und damit auch die Handwerksgesellen von dem bisherigen Müßiggange desto besser abgehalten und zum Fleiß ermuntert werden: So wollen Wir, daß ihnen nach Maße derjenigen Tage oder Stunden, so sie künftig mehr als bishero bey dem üblich gewesenen freyen Montage in der Arbeit bleiben, eine billige Vermehrung des Lohnes angedeihe, welche nach den Umständen jedes Orts und jedes Gewerks, auch allenfalls durch richterliches Erkenntnis zu bestimmen seyn wird.

Der 34. Kongreß der deutschen Gesellschaft für Innere Medizin

findet vom 24.–27. April 1922 in Wiesbaden unter dem Vorsitze des Herrn Prof. Dr. L. Brauer (Hamburg-Eppendorf) statt.

Die Hauptverhandlungsgegenstände sind aus dem Gebiete der Leberkrankheiten sowie aus den Fragen der inneren Sekretion gewählt. Die Verhandlungen über die Lebrkrankheiten werden eingeleitet durch ein Referat des Herrn Prof. Dr. Eppinger (Wien) über Ikterus, jene des zweiten Hauptthemas durch ein Referat von Herrn Prof. Dr. Biedl (Prag) über Hypophyse.

Zu beiden Referaten werden ergänzende Vorträge gruppiert, wie denn überhaupt auf die Gewinnung gewichtiger Einzelvorträge ganz besonders Wert gelegt werden soll. Projektionsapparat und Episkiaskop stehen den Vortragenden zur Verfügung.

Vortragsanmeldungen, denen eine kurze Inhaltsangabe beizufügen ist, sind bis zum 15. März an Herrn Prof. Dr. L. Brauer, Hamburg-Eppendorf, Martinistraße 56, zu richten. Verträge, deren wesentlicher Inhalt bereits veröffentlicht ist, dürfen nicht zugelassen werden. Anmeldungen neuer Mitglieder nimmt der Vorsitzende und der Schriftführer entgegen.

Bestellungen von Wohnungen bis zum 1. April 1922 spätestens bei dem Städt. Verkehrsbüro, Abteilung Aerztl. Kongresse, das Wünsche bezügl. bestimmter Hotels nach Möglichkeit berücksichtigen wird. Ein Zwang, in dem betr. Hotel die Mahlzeiten einzunehmen, besteht nicht. Außerdem ist ein Ortskomitee bemüht, für die jüngeren Herren kostenlos Unterkunft bei Wiesbadener Familien und im Städt. Krankenhause zu beschaffen. Anmeldungen für diese Privatquartiere werden bis spätestens zum 1. April ebenfalls an das Städt. Verkehrsbüro, Abteilung Aerztl. Kongresse erbeten, das den betr. Kollegen Mitteilung zugehen lassen wird, ob und wo sie kostenlos Unterkunft finden können.

Mit der Tagung ist eine Ausstellung verbunden. Anmeldungen für die an Oberarzt Dr. Géronne, Wiesbaden, Städtisches Krankenhaus bis spätestens 18. März erbeten.

— **Mörike auf der Bühne.** Das Neue Schauspielhaus in Königsberg machte den Versuch, Mörickes romantisches Schattenspiel von der Erlösung des „Letzten Königs von Orplid" auf den Spielplan einer Kammerbühne zu stellen. Den Anstoß dazu gab die stimmungsvolle, klangreiche Musik, mit der der Berliner Komponist Max Trapp die Märchenphantasie untermalt hat.

— **Der neue Generalsekretär des Archäologischen Instituts.** Als Nachfolger des nach Freiburg i. B. übersiedelnden Professors Dr. H. Dragendorff, ist der Ordinarius der klassischen Archäologie an der Gießener Universität, Dr. Gerhart Rodenwaldt zum Generalsekretär des Deutschen Archäologischen Instituts in Berlin berufen worden. Dr. Rodenwaldt ist Schüler von C. Robert (Halle). 1912 erhielt er die venia legendi in Berlin, wo er zugleich als Assistent am archäologischen Apparat tätig war. 1917 erfolgte seine Berufung als Ordinarius nach Gießen, als Nachfolger Watzingers.

— **Eine Entdeckungsreise nach einer der am wenigsten bekannten Inselgruppen der australischen Küste, dem sogenannten Archipelago of the Recherche,** wurde von einer Expedition unternommen, die das Australische Museum zu Sidney ausgesandt hat, und die von dem Naturforscher W. Vosset Hull geleitet wird. Der Recherche-Archipel ist ein Labyrinth von Inseln, Riffen und Felsen, die sich an der Südküste Westaustraliens fast 300 Kilometer weit von Osten nach Westen ausdehnen. Um 1840 waren diese Inseln zeitweilig von französischen und amerikanischen Walfischfängern besucht, aber als der Ertrag des Walfischfangs immer geringer wurde, blieben die Inseln vollkommen verlassen und sind in den letzten 50 Jahren nur von ein oder zwei Menschen betreten worden. Die einzige Beschreibung, die bisher von diesem Archipel gegeben worden ist und sehr merkwürdige Tatsachen enthält, ist die von Matthew Flinders aus dem Jahre 1802. Besonders interessant sind die bereits von Flinders erwähnten großen, aus Stücken verfertigten Netze, die Flinders als die Bauten riesiger Eulen angab, die aber wohl eher von großen Adlern herrühren werden.

— **Die Akademische Vereinigung Halle-Wittenberg** veranstaltet am Donnerstag, 16. Februar, abends um 8 Uhr im Auditorium maximum der Universität ihren 5. Vortrag dieses Winters. Herr Prof. Dr. Frankl wird sprechen über „Rom im Mittelalter". (Lichtbilder.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192202142-14/fragment/page=0002

Große Landwirtschaftswoche

Berlin, 14. Februar.

Am Sonntag begann die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft ihre diesjährige große Tagung, die den Namen Große Landwirtschaftswoche führt. Neben zahlreichen anderen hielt an erster Stelle die Kolonialabteilung eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, bei der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft anzuregen, daß anläßlich der Sonderausstellung im kommenden Sommer in Hamburg auch wieder eine Kolonialausstellung veranstaltet werde, damit die Kolonialpropaganda in Deutschland nicht einschlafe, damit wir auch gegenwärtig keine Kolonien haben.

Von besonderem Interesse war der Bericht, den der frühere Gouverneur Exz. Schnee über die gegenwärtige Lage in unseren Kolonien erstattete. Das von ihm entwickelte Bild ist ein sehr trübes. Er stellte fest, daß die Mandatsmächte in rücksichtslosester und härtester Weise von ihren Rechten Gebrauch machen. Nach echter Piratenart wird über das deutsche Privateigentum verfügt. Abgesehen von Südwestafrika, wo eine aus Buren zusammengesetzte Regierung rücksichtsvoller vorgeht, sind aus allen anderen Kolonien unsere Landsleute vertrieben worden. Allzu viel Freude haben die Mandatare aber nicht gehabt. Trotzdem sie nur die Mittel ohne Passina übernommen haben, zeigt sich überall ein Defizit und man wird der Schwierigkeiten nicht Herr. In Deutsch-Ostafrika zeigt sich eine vollkommene Störung des wirtschaftlichen Lebens. Wo früher blühende Plantagen waren, ist Dickicht und alles überwuchert, so daß man kaum mehr erkennt, daß hier Pflanzungen waren. Auch der Handel stockt vollkommen. Als Folge der Austreibung sämtlicher deutscher Kaufleute und Pflanzer ist auf den Eisenbahnen fast kein Verkehr mehr und der größte Teil der Stationen muß geschlossen werden. Die Engländer treiben bei den Eingeborenen die Steuern in der rücksichtslosesten Weise ein und beschlagnahmen das Vieh. Eine weitere Folge der englischen Mandatsverwaltung ist, daß das deutsche Grundeigentum verschleudert wird und in die Hände von Indern gelangt, die immer mehr in den Vordergrund dringen. Der an Belgien gefallene Teil von Deutsch-Südwestafrika, der das Hauptschlafkrankheitsgebiet war und in dem wir eine großzügige, von Robert Koch inszenierte Bekämpfung der Seuche eingerichtet hatten, zeigt ein Unsichgreifen dieser furchtbaren Krankheit, wodurch die Bevölkerung sehr beeinträchtigt wird. Das gilt auch vom englischen Teil. Die Pocken, die unter unserer Verwaltung zurückgegangen waren, greifen ebenfalls wieder um sich, ebenso die Rinderpest, die wir mit einem großartigen Veterinärstab eingedämmt hatten. Kamerun und Togo zeigen unter französischer Verwaltung ein Bild der Verwahrlosung, was deutlich aus den amtlichen französischen Berichten hervorgeht. In Südwestafrika haben unsere Landsleute bleiben können, aber sie haben schwere Zeiten durchgemacht. Was den Südseebesitz betrifft, so hat Samoa mit seiner liebenswürdigen Bevölkerung ein tragisches Geschick betroffen. Die Neuseeländische Verwaltung war nicht imstande, die Grippe einzudämmen und diese hat ein Viertel der nur 88 000 Köpfe zählenden Bevölkerung hinweggerafft. Bezeichnend ist, daß die Ansiedler eine Eingabe gemacht haben, in der es heißt, daß sich Weiße und Eingeborene angekettet fühlen von der Neuseeländischen Verwaltung. Die Eingabe ist unterzeichnet auch von alteingesessenen Engländern und Amerikanern.

Weltwirtschaftlich sind demnach unsere früheren Kolonien völlig ausgeschaltet. Die Kolonialgebiete, die unter unserer Verwaltung glänzend emporgeblüht waren, können nur unter deutscher Verwaltung weiter entwickelt werden, weil wir genügend überschüssige Kräfte haben. Für unsere Landwirtschaft bedeuten die Kolonien ungeheuer viel. Sie ermöglichen uns die Einführung von Phosphaten, Futtermitteln, Oelprodukten, Mais und der sogenannten Negerhirse, deren Einführung in großem Maßstabe vor Kriegsbeginn eingeleitet war. Ebenso können wir einen großen Teil unseres Bedarfs an Kautschuk, Kakao, Fetten, Hanf, Mais usw. beziehen. All das müssen wir heute für teures Geld kaufen, während wir es billig aus unseren Kolonien einführen können. Der Besitz von Kolonien ist für uns notwendig, darüber muß sich das ganze deutsche Volk klar werden. Der einheitliche Wille eines Volkes aber muß und wird sich durchsetzen.

Im Anschluß daran berichtet Prof. D. Krause (Berlin) über die Bedeutung der tropischen Länder für die deutsche Volkswirtschaft.

Ein schwerer Verlust

Die Deutsche Demokratische Partei hat eine weitere erhebliche Verminderung ihres Mitgliederbestandes zu verzeichnen, den sie merkwürdigerweise selbst herbeigeführt hat: Herr Hello von Gerlach, der Herausgeber der „Welt am Montag", teilt heute in seinem Blatte mit, daß er aus der Demokratischen Partei herausgetreten worden ist. Diese Austretung hat sich in der Weise vollzogen, daß ihm ein Führer der Partei in einem längeren Schreiben das Vorliegen verschiedener Ausschlußanträge gegen ihn mitteilte. In diesen Anträgen wurde Herrn von Gerlachs Entbehrlichkeit mit dem Aufspielen seiner Kritik durch die Sozialdemokratie gegen die Demokratische Partei und mit der Abwanderung zahlreicher Mitglieder der Partei zur Deutschen Volkspartei, die an seiner Zugehörigkeit Anstoß nahmen, begründet. Herr von Gerlach hat aus dieser deutlichen Aufforderung dann die entsprechende Konsequenz gezogen. In seinem Abschiedsbrief wendet er sich noch einmal nachdrücklich gegen die Intoleranz der Partei gegenüber der Unabhängigen Sozialdemokratie, die ihm besonders unverzeihlich erscheint. Man wird dieses Urteil entschieden zu hart finden müssen, denn die Demokratie hat bisher die Kampfgenossenschaft mit den Unabhängigen für das Kabinett Wirth und gegen die Rechte durchaus nicht gescheut.

Bayern gegen die Schuldlüge

München, 14. Februar.

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages nahm heute einen Antrag an, wonach die bayerische Regierung bei der Reichsleitung dahin wirken soll, daß dem In- und Ausland, insbesondere den Ententeregierungen, das authentische Material unterbreitet wird, welches die im Versailler Vertrag aufgestellte Behauptung von der Schuld Deutschlands am Kriege zu zerstören vermag. Der Vertreter der Regierung stimmte dazu aus, daß sich die bayerische Regierung und der Landtag bereits seit längerem bemühen, die Reichsregierung zu einer aktiveren Abwehr gegen die Schuldlüge zu veranlassen. Die bayerische Regierung hat auch mit anderen Landesregierungen in Verbindung getreten und habe die Zustimmung bei Württemberg, Sachsen, Hessen und Braunschweig gefunden. Zuletzt sei die Entschließung in der obenerwähnten Frage zu neuerlichen Vorstellungen bei der Reichsregierung benützt worden. Die Reichsregierung habe grundsätzlich den bayerischen Forderungen zugestimmt, aber den Zeitpunkt für ein aktiveres Vorgehen noch nicht für gekommen erachtet. Die bayerische Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß zur Zerstörung der Schuldlüge aus ethischen Gründen und aus politischen Gründen ein geschlossenes Handeln geboten sei. Die rückhaltlose Veröffentlichung unseres Materials sei eine Forderung der Gerechtigkeit und eine der wichtigsten Aufgaben, denen sich Deutschland nicht entziehen darf. Bayern beabsichtigt auch weiterhin mit Nachdruck in dieser Richtung tätig zu sein.

Chronische Regierungskrisen

Das große Rätselraten

Die gestrigen Fraktionssitzungen der Demokraten und des Zentrums, die Unterhaltungen mehrheitssozialistischer Kreise mit den Unabhängigen und die Besprechungen der führenden Kreise der Deutschen Volkspartei haben, wie das „B. T." hocherfreut mitteilt, wenn auch keine Klärung, so doch gewisse Ergebnisse gezeitigt. Die Deutsche demokratische Partei trat nachmittags um 5 Uhr zu ihren Fraktionsberatungen zusammen. Nach dem von Dr. Weiersen erstatteten zusammenfassenden Bericht über die gegenwärtige Lage, wie sie sich vom demokratischen Standpunkte aus darstellt, begann eine ausgedehnte Aussprache, die bis halb zehn Uhr abends dauerte. Es wurde beschlossen, dem vorliegenden Vertrauensantrage zuzustimmen unter Hinzufügung einer Erklärung, in der die Gründe für die Zustimmung der Demokraten aufgeführt sind.

Eine Stunde vor Beginn der demokratischen Sitzung nahmen um 4 Uhr nachmittags die Parteiberatungen des Zentrums ihren Anfang. Sie dauerten bis in die späten Abendstunden. Auch der Reichskanzler Dr. Wirth nahm daran teil. Auch innerhalb des Zentrums war man für Annahme des Vertrauensvotums.

In den Unterhaltungen, die von Vertretern der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen zur Herstellung einer Mehrheit für das Vertrauensvotum nach links angekrüpelt wurden, bewirbt man hauptsächlich darüber, ob nicht eine Aenderung der Fassung des Vertrauensantrages, insbesondere mit Hervorhebung der außenpolitischen Lage, zumindest eine teilweise Stimmenthaltung der Unabhängigen ermöglichen würde. In den Besprechungen wurde erwogen, dem Vertrauensvotum etwa folgende Fassung zu geben:

„Angesichts der außenpolitischen Lage und unbeschadet der Verschiedenheit der Auffassungen der Parteien in der Streitfrage billigt der Reichstag die Erklärung der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus."

Man hofft, daß die Unabhängigen sich diesem Wortlaut der Vertrauensfrage nicht mehr so abgeneigt wie bisher zeigen werden. Verworrene Strömungen innerhalb der Partei sind jedenfalls unverkennbar.

Was nun die Haltung der Deutschen Volkspartei und insbesondere die Gründe dafür betrifft, so ist, wie das „B. T." ebenfalls zu berichten weiß, nach Aeußerungen aus unterrichteten Fraktionskreisen darüber folgendes zu sagen: Die Deutsche Volkspartei hätte der Reichsregierung fast einstimmig ihr Vertrauen ausgesprochen, wenn es der Reichskanzler bei seiner Regierungserklärung hätte bewenden lassen. Sie hätte auch, wie man weiter erklärt, einer Resolution des Parlaments zugestimmt, wenn darin die Vertrauensfrage nicht berührt, sondern nur das Einverständnis des Reichstags mit der Regierungserklärung gefordert worden wäre. Die zweite Rede des Kanzlers war es, die die Deutsche Volkspartei zur Einbringung ihres Mißtrauensvotums veranlaßt hat. Denn in den Ausführungen, die Dr. Wirth im Anschluß an die Rede des Abgeordneten Scholz machte, sieht man in volksparteilichen Kreisen einen Umfall des Kanzlers und ein Abweichen von seiner Haltung, wie sie in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck gekommen ist. Es ist nicht, nach den weiteren Mitteilungen, der sogenannte Stinnes-Flügel gewesen, der das Mißtrauensvotum wünschte. Dieses Votum ist vielmehr in der Hauptsache auf den Beamtenvertreter Moraht zurückzuführen, dessen Namen auch der Antrag innerhalb der Fraktion zuerst führte. Die Erwägungen, die zu dem Mißtrauensantrag geführt haben, sind insbesondere darin zu suchen, daß man der Auffassung war, die zweite Rede des Kanzlers, die eine Nachgiebigkeit gegenüber den streikenden Beamten bedeute, sei geeignet, den Begriff des Streikrechts zu verwirren. Den vorliegenden Vertrauensantrag werde also die Deutsche Volkspartei bei der Abstimmung im Plenum mit etwa vier Stimmenthaltungen ablehnen. In der Fraktionsbesprechung, die von der Partei heute abgehalten wird, kommt jedoch voraussichtlich die oben wiedergegebene veränderte Fassung des Vertrauensvotums zur Erörterung, wobei immerhin die Möglichkeit gegeben ist, daß sich eine Anzahl der volksparteilichen Abgeordneten der Stimme enthalten oder dem neuen Votum ihre Zustimmung geben können. Wenn nicht unvorhergesehene Umstände eintreten, dürfte also Dr. Wirth in der morgigen Reichstagssitzung eine Mehrheit erhalten, die es ihm ermöglicht, die Regierungsgeschäfte weiterzuführen.

Soweit die Auffassung des jüdisch-demokratischen „B. T." Die „Gazette de Voß" weiß aber noch mehr zu berichten, wenn sie schreibt:

Man glaubt, daß nach der Abstimmung am Mittwoch, und nachdem das Kabinett eine, wenn auch nur geringe Mehrheit erhalten hat, von den Regierungsparteien eine Interpellation über die auswärtige Politik eingebracht werden wird, an deren Schluß dann ein zweiter Vertrauensantrag eingebracht werden soll, in dem der Reichsregierung die Billigung des Reichstags für ihre auswärtige Politik ausgesprochen wird. Ein solcher Antrag könnte auf die Zustimmung des ganzen Hauses mit Ausnahme der Deutschnationalen und der Kommunisten rechnen. Die Mehrheit, die sich für ihn ergäbe, würde dann dem Kabinett jene Autorität gegenüber dem Ausland geben, deren es besonders für die Konferenz von Genua bedarf.

Die Haltung der Bayerischen Volkspartei

München, 14. Februar.

Von entscheidender Wichtigkeit wird am Mittwoch im Reichstag die Haltung der Bayerischen Volkspartei sein. Es ist daher politisch interessant, daß das offizielle Organ der Bayerischen Volkspartei, die „Bayerische Volksparteikorrespondenz", zur Reichskanzlerkrise folgende Verlautbarung veröffentlicht: Die Bayerische Volkspartei hat sich bei der Abstimmung über den Steuerkompromiß von dem Gedanken leiten lassen, daß aus außenpolitischen Gründen zurzeit ein Kanzlerwechsel nicht im Interesse Deutschlands liege. Mit der Einnahme dieses Standpunktes wurde aber keineswegs irgendein Vertrauensvotum für alle außenpolitischen Handlungen des Kabinetts Wirth ausgesprochen. In der nur kurzen Zeit, die zwischen diesem Vorgang und heute liegt, hat sich nichts ereignet, was uns veranlaßt, dem Reichskanzler auf alle Fälle Existenzsicherheit zu gewähren. Die Stellungnahme zur Politik und Person des Reichskanzlers darf uns nicht dazu verleiten, eine abwägige Politik zu treiben, die wohl im Augenblick sehr populär wäre, aber einen allgemeinen politischen Katzenjammer nach sich ziehen könnte. Nicht profitiv die Hand dazu geben, jetzt einen Kabinettswechsel zu erzwingen, heißt aber noch lange nicht die bisherige Politik der Regierung decken. Aus diesen Darlegungen der Bayerischen Volksparteikorrespondenz kann man schließen, daß die Partei nochmals im Reichstage für den Reichskanzler eintreten wird.

Studienreise amerikanischer Kongreßmitglieder

Hamburg, 14. Februar.

Man erwartet hier in den nächsten Tagen die Ankunft einer Abordnung der Kongreßmitglieder Rodenberg, Britten und Purnell aus New-York, die für eine freundschaftliche Handelspolitik zwischen Amerika und Deutschland eintreten. Die Herren werden eine Reise durch ganz Deutschland unternehmen mit Unterstützung der Hamburger Handelskammer. Der Zweck der Reise ist in hohem Maße von wirtschaftspolitischer Bedeutung. Es handelt sich nicht nur um die Anknüpfung von Geschäftsbeziehungen, sondern die Herren werden in ihrer Eigenschaft als Kongreßmitglieder den Eindruck, den sie von der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie erhalten, dem amerikanischen Volke schildern.

Krassin in Berlin

Entgegen anderslautenden Meldungen trifft Krassin am Mittwoch in Berlin ein, wo er einige Tage zu bleiben gedenkt, um sich dann nach Moskau zu begeben. Aus Moskau wird Krassin im Bestande der Sowjetdelegation nach Genua reisen. Krassin hat in London Verhandlungen mit Lloyd George geführt, deren Ergebnisse von sowjetrussischer Seite erhebliche Bedeutung beigemessen wird. Diese Verhandlungen haben sich u. a. auf die Bildung des internationalen Syndikats zur Wiederaufrichtung Sowjetrußlands bezogen. Krassin wird in Berlin Konferenzen mit deutschen Politikern und Finanzleuten haben, die unter Beteiligung des Direktors der Sowjet-Staatsbank Scheinman und des Chefs der Sowjetgandelsmission Stomoniakow stattfinden sollen.

Ein englischer Scheckschwindler

Nach Mitteilung des britischen Botschafters an den Minister des Auswärtigen hat der britische Staatsangehörige Harry Chiarkson Williams, zurzeit wohnhaft in Wiesbaden, seit einigen Monaten wertlose Schecks in verschiedenen Teilen von Deutschland verkauft. Er ist dabei teils als Beamter im britischen diplomatischen Dienst, teils als der britischen Militär-Mission zugeteilter Offizier aufgetreten. Hierdurch sind deutsche Reichsangehörige geschädigt worden; auch hat das britische Ansehen Einbuße erlitten.

Da dem Vernehmen nach das deutsche Visum Williams abgelaufen ist, hat der britische Botschafter in Anregung gebracht, daß es nicht verlängert wird. Die britischen Konsulate in Deutschland sind angewiesen worden, dem Genannten keinen Aufenthaltsvermerk mehr zu erteilen.

Eine neue Belastung der Presse

Ungeachtet der Notlage des Zeitungsgewerbes hat das Reichsverkehrsministerium eine Maßnahme getroffen, die im scharfen Gegensatz zu dem Beschluß des Reichstages steht, Zeitungsdruckpapier nicht höher, sondern niedriger zu tarifieren. Bisher wurden die Frachtkosten des Papiers, zu dessen Transport gewöhnlich 15-Tonnen-Wagen verwendet wurden, nach seiner effektiv geladenen Gewichtsmenge, nicht nach dem benutzten Wagenraum berechnet. Diese Berechnungsart war außerordentlich wichtig, da es technisch nicht möglich ist, die Wagen vollständig auszunutzen. Nach den Bestimmungen, die seit dem 1. Februar in Kraft sind, wird aber nur noch der Laderaum der Berechnung zugrunde gelegt. Infolgedessen beträgt die Frachtverteuerung für Zeitungsdruckpapier seit dem 1. Februar nicht, wie tarifisch vorgesehen, 35 v. H., sondern wegen des praktisch unausnutzbaren Laderaumes 45 v. H. gegenüber dem Januartarif.

Es kann auf keinen Fall widerspruchslos hingenommen werden, daß das Reichsverkehrsministerium sich über Beschlüsse des Reichstages hinwegsetzt und entgegen dem Versprechen der Reichsregierung, der Notlage der Presse zu steuern, dieser immer größere Lasten aufbürdet.

Der Reichswirtschaftsrat wird am 15. und 16. d. M. Sitzungen abhalten, um Mieterschutzgesetz, Wohnungsabgabengesetz und kleinere Börsengesetze zu beraten.

Wetterbericht

Wettervorhersage des amtlichen Wetternachrichtendienstes für Mittwoch: Meistwind, wolkig, vorwiegend trocken mild.

Verantwortlich für Politik: Helmut Hübener; für politische Redaktion: Bert Rettenstamm; für den politischen Teil: Hermann Hoff; für Kommunalpolitik, lokale Nachrichten und Sport: Hans Hellmann; für die Abteilung Handel, Wirtschaft und Verkehr usw., sowie den übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellhorn. — Für den Anzeigenteil: Paul Arthen, sämtlich in Halle a. S. Druck: Otto Thiele, Buchdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192202142-14/fragment/page=0003

Von Not und Aufstieg der deutschen Luftfahrt.

Kinovorführung von Luftfahrt-Filmen

Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr im gr. Saale der Berg-Loge, Paradeplatz.

Karten zu 5 M. (numerierte Plätze), 2 M. nichtnumerierte Plätze, 1 M. für Studenten und Schüler bei Heinrich Hothan, Gr. Ulrichstraße, und am Saaleingang.

Sächsisch-Thüringischer Verein für Luftfahrt, Sektion Halle a. S.

Größter und billigster

Spezial-Verkauf und Versand

von

Bettstellen und Matratzen aller Art, Kinderwagen.

— Beste Ware. —

Fachmän. und kulante Bedienung.

Bruno Paris, Halle,

Kleine Ulrichstraße 2 im Domgemeindehaus.

Post-Hotel Braunlage, Oberharz

Zum Wintersport empfohlen

Vornehmes Familienhotel I. Ranges

Telefon 108. Inh. W. Bender.

Familiendrucksachen

aller Art in vornehmer und geschmackvoller Ausführung liefert peinlichst prompt und preiswert

Otto Thiele

Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag d. Hallescheen Ztg.

Halle (Saale), Leipziger Str. 61/62 :: Fernruf 7801

Zuckerraffinerie Halle.

Die unterzeichneten Banken sind beauftragt, die Stammaktien und Vorzugsaktien der Zuckerraffinerie Halle für ein Konsortium zu erwerben und zwar zum Preise von 1012%, für die Stammaktien ohne Dividendenschein 1920/21 und die Vorzugsaktien zu 115%, ebenfalls ohne Dividendenschein 1920/21.

Wir ersuchen diejenigen Aktionäre, welche bereit sind, ihre Aktien zu diesem Preise zu verkaufen, die Stücke nebst Bogen bei einer der unterzeichneten Banken einzuliefern und gleichzeitig bei Angabe toin Formular, das bei den Banken erhältlich ist, unterschriftlich zu vollziehen. Die unterzeichneten Banken verpflichten sich namens ihres Auftraggebers, die Aktien zum angegebenen Preise abzunehmen, wenn bis zum 28. Februar 1922 einschließlich 8 Millionen Mark Stammaktien und 1 Million Vorzugsaktien zu obigen Bedingungen angeboten sind.

Die Zahlung des Kaufpreises erfolgt dann bis zum 15. März 1922 an die im Angebot anzugebende Zahlstelle. Den Schlußscheinstempel tragen unsere Auftraggeber.

Halle, den 11. Februar 1922.
Leipzig.

Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co., Halle a. S.
Bankhaus H. F. Lehmann, Halle a. S.
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig.

Aktionäre der Zuckerraffinerie Halle,

Alle diejenigen, die ein Interesse an dem

Nichtzustandekommen der Beschlüsse

der letzten Generalversammlung haben, werden gebeten,

Freitag, den 17. Februar, nachm. 5 Uhr

im „Hohenzollernhof", Magdeburgerstrasse, behufs Besprechung der Anfechtungsklage sich einzufinden.

Keiner verkaufe seine Aktien!!!

Stadt-Theater

Mittwoch, d. 15. Febr., Anfg. 7½, Ende 9¼:

Oberst Chabert

Musiktragödie von Waltershausen.

Donnerstag: Nichtöffentl. Vorstellung.

Hallisches Operetten-Theater

(Fernruf 6183).

Allabendlich 7½ Uhr:

Letzte Woche:

Das **Holländerweibchen**

Kasse ab ½10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Modernes Theater

die führende Kleinkunst-Bühne.

Gastspiele

Ed. Kempinski's

Lebende Marmor-Schönheiten

Naturell — Naturell

außerd. 12 erstklassige Künstler-Kräfte.

Stellen-Angebote

Für 1500 Morgen großes Rittergut (Thüringen) wird ein unverheirateter, älterer

Inspektor,

welcher seine Befähigung zur selbständigen Bewirtschaftung unter Oberleitung durch Zeugnisse nachweisen kann, zum 1. 4. d. Js. gesucht. Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüche unter Z. 7131 an an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Fortschrittliche Frauen

legen heute Gegenstände, welche sie nicht mehr verwenden wollen, nicht in die Rumpelkammer, sondern stellen sie durch eine kleine Anzeige in der „Halleschen Zeitung" zum Verkauf. Der Erlös setzt sie leichter zu Neuanschaffungen in die Lage, auf die sie sonst noch längere Zeit warten müssen. Die Nachfrage nach gebrauchten und getragenen Gegenständen ist begreiflicher Weise sehr groß, so daß also eine jede Kaufgelegenheit schnell wahrgenommen wird.

Wratzke & Steiger, Hoflieferanten, Poststr. 9/10.

Juwelen — Geld — Silber.

Gutes dauerhaftes **Gummiband** für Strumpfbänder kauft man bei R. Schnee Nachfolger Gr. Steinstr. 31.

Kraftfahrzeuge-Spezial-Gesellschaft

W. Ender

Heilkräuter und Bäder-Zusätze

— aller Art —

Waschereistrasse 38

Halle a. S. Fernruf 6669

Möbel

Gelegenheitskäufe noch sehr vorteilhaft

Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küchen,

weiß lackiert, lasiert.

Klubgarnituren

(Leder-u. Gobelinbezug) in großer Auswahl zu billigen Preisen.

Friedrich Peilcke,

Geiststraße 25.

Wir benötigen für unsere Karosserie-Sattlerei mehrere selbständige

Wagensattler.

Für Wohngelegenh. für Ledige u. Verheiratete wird gesorgt.

Reise- u. Umzugsvergütung erfolgt nach besonderer Vereinbarung.

Angebote mit Angabe von Alter, Familienverhältnissen und Zeugnisabschriften erb.

Daimler-Motoren-Ges.

Werk Sindelfingen.

Für die unendlich vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimgange ihres teuren Entschlafenen, des Gutsbesitzers

Reinhard Zarries,

sagen ihren herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Domnitz, im Februar 1922.

Vermählungen: Kaufmann Hermann Nordmann mit Ida Körner, Göttingen. — Kaufmann Robert Preuß mit Ida Hoffmeister, Halberstadt.

Geburten: Werner Thronicke, Halle (Sohn). — Studienassessor Abendroth, Halle (Sohn). — Otto Normann, Aschersleben (Sohn). — Schlossermeister Theodor Rüffe, Göttingen, (Sohn). — Wilhelm Bormann, Halberstadt (Sohn).

Todesfälle: Emil Kaupmann, Halle. — Christiane Tintel (82 Jahre), Halle. — Kaufmann Hugo Andrae (53 Jahre), Halle. — Therese Diegel (68 Jahre), Halle. — Marie Schumann (77 Jahre), Crößlwitz. — Siedemeister Friedrich Mehlhardt (75 J.), Erdeborn. — Hofbuchdruckereibesitzer Paul Falkenbach, Eisenberg. — Steuerinspektor Georg Beitge (62 Jahre), Magdeburg. — Wilhelmine Albrecht (60 Jahre), Egeln. — Amtsrat Ferd. Bergling, Cochstedt. — Frau Dr. F. Rahmer, Magdeburg. — Wilhelmine Richter (71 Jahre), Ellenburg. — Stadtältester Richard Ritter (78 Jahre), Ellenburg. — Minna Lehne (79 Jahre), Beunungen. — Robert Herfurth (60 J.), Zeitz. — Wilhelm Zippel (61 Jahre), Theißen. — Kaufmann Fritz Neubert, Zeitz. — Ida Bretsch (46 Jahre), Zeitz. — Käthe Thal (27 Jahre), Aschersleben. — Auguste Trübecke (69 Jahre) Groß-Schersleben. — Grete Dreburg, Göttingen. — Karoline Henne, Göttingen. — Eisenbahningenieur Ernst Berndt, Göttingen. — Elise Ludwig (67 J.), Erfurt. — Christine Vomplitz (39 Jahre), Erfurt. — Otto Sichardt, Erfurt. — Johannes Kollmann, Erfurt. — Friedel Hanff (19 Jahre), Erfurt. — Rosa Reinhardt (62 Jahre), Erfurt. — Minna Gerlach, Erfurt. — Franz Kaumann, Zeitz. — Fich. Krausch (32 Jahre), Schönau. — Marie Herbst (73 Jahre), Halberstadt. — Selma Freier (20 Jahre), Saratzdt. — Zollauf, Hermann Schlüter (74 Jahre), Halberstadt. — Gustav Vogel (67 Jahre), Halberstadt. — Ferdinand Besser, Halberstadt. — Walter Sitz (19 Jahre), Aschersleben.

Ich übe meine Praxis wieder aus.

Dr. med. Konrad Grein.

Sprechstunde 11—1 und 4½—6.

Martinsberg 4. Fernruf 5477.

Dampf-Waschanstalt Halloria

Marienstr. 2, 3 Minuten vom Bahnhof entfernt. Telephon 5662.

Spezialität: Familien-, Roll- und Hauswäsche nach Gewicht und Stück.

Raucher sparen Geld

wenn dieselben **Rauchtabake** direkt ab Fabrik beziehen.

Versende franko einschl. Verpackung gegen Nachnahme:

5 Pfd.	5 Pfd.	5 Pfd.	5 Pfd.	5 Pfd.
85.—ℳ	100.—ℳ	115.—ℳ	130.—ℳ	150.—ℳ

in erstklassiger Qualität, jedes Sortiment in verschiedenen Sorten sortiert.

Tabakfabrik W. Hofter, Düsseldorf 608,

Friedrichstraße 108/112.

Kupfermotoren
Kupferdreschkabel
Motoren -- Transportwagen

Maschinenfabrik Arthur Vondran,

Halle a. S., Königstraße 58.

Telegr.-Adr.: Elektrovondran. — — — —
— — — — — Telephon: 6310 und 1131.

Günstiges Sonder-Angebot

für Landwirtschaft und Industrie.

Feldgraue Planen

aus haltbarem präpariertem Erlastoff, Größe ca. 2,60×3,50 m, ringsum Saum und Ringe, per Stück Mk. 287,75, — solange Vorrat reicht. —

Hermann Israel, Magdeburg-W., Schenkendorfstr. 3.

Planen-, Säcke und Decken-Fabrik.

Tel.-Adr.: Hermisra. Fernspr. 7368/7963.

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstigen Besorgungen nur bei den Inserenten der „Halleschen Zeitung" vornehmen zu wollen.

Suche zum 1. April evtl. früher g. empfohl.

Kindergärtnerin I. Kl.

zu 2 Knab. v. 6 u. 3 Jahren. Anfangsunterricht.

Frau von Helldorff,

Rittergut Baumersroda bei Freyburg a. U.

Junges Mädchen

(am liebsten vom Lande), welches Lust hat bei Kochen zu erlernen, für Küche und Haus zum 1. März oder früher gesucht.

Kircheisen, Halle a. S., Moritzstraße 28.

Suche Ostern 1922

Schmiede-Lehrling.

Herm. Leynau, Schmiedemeister, Werlitzsch b. Schkeuditz.

Nicht zu junges, gewissenhaftes, gebildetes

Wirtschaftsfräulein,

das gut näht, kocht u. die Geflügelzucht versteht, sucht Frau Rittergutsbesitzer Zech, Langen-Reichenbach (Kr. Torgau).

Suche zum 1. März beff.

Zimmermädchen,

das auch servieren kann.

Dr. Brandt, Friedenstr. 28

Stellen-Gesuche

Suche für einen jungen Mann aus guter Familie der bei mir seine Lehrzeit beendet und den ich in jeder Beziehung empfehl. kann, zum 1. 4. 1922 Stellung als

Hofverwalter

bezw. alleiniger Stellvertreter. Zu jeder weiteren Auskunft ist jederzeit gern bereit

Thiele, Administrator und Hauptmann a. D.

Domäne Brensch (Elbe).

Assessor (Dr.),

durchaus gewissenhaft als pflichtsicherer junger Mann, sucht, gestützt auf gediegene Vorbildung und Erfahrung, seiner Eignung entsprechende Stellung, am liebsten als Beamter oder im Privatbetrieb. Auf Wunsch sofortige Betätigung wird nicht Wert gelegt. Gute Zeugnisse und Referenzen ausgeschl. Gefl. Angebote unter A. V. 21 an Rud. Mosse, Königsberg i. Pr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192202142-14/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 14. Februar.

Noch 10 Jahre Wohnungs-Zwangswirtschaft

Der neue Entwurf über Mieterschutz und Mieteinigungsämter wird am Mittwoch den Reichswirtschaftsrat beschäftigen. Der Abbau der Zwangswirtschaft im Mietwesen soll allmählich erfolgen, muß aber beibehalten werden, solange Raumnot herrscht. Auch die Regierung erkennt die Schwächen der augenblicklichen Regelung an, möchte auch den Kostenaufwand für den Behördenapparat der Zwangswirtschaft, der annähernd 20 Millionen Mark verursacht, bald sparen können. **Aber für ungefähr 10 Jahre rechnet man noch mit der Zwangswirtschaft in irgend einer Form.**

Während das Reichsmietengesetz den Versuch macht, die Bildung übermäßig hoher Mietszinse zu verhindern, will der Mieterschutzentwurf den Mieter vor einer gegen seinen Willen erfolgenden Beendigung seines Mietverhältnisses soweit schützen, als sich, dies mit den berechtigter Interessen des Vermieters irgend vereinen läßt. Der Entwurf schafft eine einheitliche Regelung für das Reich und zieht engere Kreise für die Sprüche der Mieteinigungsämter, über deren Arbeit die Meinungen geteilt sind. In Zukunft werden die Kompetenzen für ordentliches Gericht, Mieteinigungsamt, Wohnungsamt besser abgegrenzt sein und das Durcheinander verschiedener Sprachbehörden aufhören.

Der neue Entwurf schafft ein neues Recht und es liegt im Interesse der Allgemeinheit, dieses Recht kennen zu lernen. Der Entwurf setzt für Mietverhältnisse über Gebäude an Stelle des nach dem Vertrage oder BGB. begründeten Kündigungsrechtes des Vermieters ein richterliches Recht zur Aufhebung von Mietverhältnissen durch Urteil. **Das Kündigungsrecht des Vermieters wird also beseitigt.** Daneben regelt das Gesetz auch die Mietverhältnisse der Untermieter und Zwangsmieter, die ebenfalls gegen ihren Willen nicht gekündigt werden können.

Eine Aufhebung des Mieterhältnisses ist also in Zukunft nur möglich:

1. wenn der Mieter kündigt oder Mieter und Vermieter sich über eine Kündigung einigen,
2. im Klagewege wegen Gefährdung der Wohnung oder wegen renitenten Benehmens des Mieters, das den Vermieter kündigt, wegen Nichtzahlung der Miete, wenn nachgewiesen, daß der Mieter die Räume nicht dringend benötigt. Einem auf dem Klagewege Verurteilten muß eine andere Wohnung vom Vermieter nachgewiesen werden. Gewerbliche Räume sollen in Zukunft darauf geprüft werden, anderenfalls erfolgt Freimachung für Wohnzwecke. Dienstwohnungen (Portierwohnungen) sind nach Beendigung des Dienstverhältnisses zu räumen, nachdem dem bisherigen Inhaber eine neue Wohnung zugewiesen ist.

Um die zurzeit überhandnehmenden Schiebungen und Verkäufe von Wohnungen und Geschäftsräumen hintanzuhalten, bestimmt der Entwurf, daß nur der Mieter geschützt ist, der ordnungsmäßig die Wohnung vor dem Kriege gemietet oder später die mit behördlicher Genehmigung bezogen hat. Es bleibt jedem überlassen, Zimmer zu vermieten, doch bedarf die Vermietung der ganzen möblierten Wohnung der Genehmigung des Vermieters, wenn der rechtmäßige Mieter auf seine Benutzung zeitweilig verzichtet. Bei der einfachen Untervermietung wird das Recht des Vermieters, Einspruch zu erheben, dem Mieteinigungsamt übertragen. Der Vermieter kann bei wichtigen Gründen beantragen, die Erlaubnis zum Untervermieten zu entziehen.

Die Organisation der Mieteinigungsämter wird vereinfacht, um sie zu entlasten. Den Mitgliedern wird ferner eine Unabhängigkeit gewährleistet, eine Rechtsmittelinstanz wird gefordert, eine Gebührenordnung eingeführt.

Ob der neue Entwurf überall Entgegenkommen finden wird, ist zweifelhaft. Dem Vermieter — auch dem Vermieter möblierter Zimmer — wird ein wichtiges Recht genommen und die Amtsgerichte stark belastet. Auch der Zwang, einen verurteilten Mieter erst nach Nachweisung einer neuen Wohnung losmachen, macht die meisten Urteile bei der Wohnungsnot, unvollstreckbar. Die Frage, ob die Amtsgerichte besser und schneller als die Einigungsämter arbeiten werden, ist auch noch umstritten.

Teures Brot ab 20. Februar

Vom 20. Februar ab tritt, wie eine Bekanntmachung im Anzeigenteil sagt, ein neuer Brotpreis in Kraft. Der Magistrat hat ihn auf 11,25 M. je 1800 Gramm Roggenbrot festgesetzt. Ferner werden die Preise für 85 Gramm Roggenbrot auf 55 Pf., Weizenbrot 65 Pf. erhöht. 332 Gramm Roggenmehl kosten 2,60 Mark, Weizenmehl 2,75 M.

Stadttheater und Zirkus

Die Riesenschau Sarasani hat schon im vorigen Jahre die Absicht gehabt, nach Halle zu kommen. Damals wurde der Plan vom Magistrat bereitelt. Man fragt sich vergebens: warum denn eigentlich? Jetzt wird der Schleier gelüftet und bekannt, daß der Magistrat die Leistungen des Stadttheaters mit denen einer Zirkusschau auf eine Stufe gestellt hat und also eine Konkurrenz für Herrn Sachses Kunst fürchtete. Manchesmal wäre seine Furcht wohl berechtigt, aber im allgemeinen darf man doch sagen, daß diejenigen, die dem Theater zustreben, auch hineingehen, wenn draußen auf dem Roßplatz der Clown seine sächsischen Witze reißt. Auf diesem Standpunkt steht auch der Verkehrsausschuß der Stadt, der den Plan des Direktors Sarasani unterstützt, welcher drei Wochen in Halle gastieren will. Und da der Zirkus mit allen neuzeitlichen Reklamemitteln arbeitet und viel Volks nach unserer Stadt ziehen wird, so ist — schon aus Fremdenverkehrsrücksichten — der Standpunkt des Verkehrsausschusses warm zu unterstützen. Inzwischen wird zu einer Zeit — im Mai — der neue Intendant des Stadttheaters seinen Amtes sein, womit die Furcht der Konkurrenz Zirkus—Stadttheater auch hinfällig geworden sein dürfte.

40 Millionen für Industrie-Siedlungen

Weitere Förderung des Wohnungsbaues durch die Kleinwohnungsbau-Halle-Aktiengesellschaft.

Die große Wohnungsnot in unserer Stadt hat zu einem guten Teil ihren Grund in der günstigen Beschäftigungsgelegenheit in der Industrie, Handel und Gewerbe. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Handelskammer veranlaßt, dem Gedanken einer organisierten Selbsthilfe der hiesigen Arbeitgeberschaft näher zu treten, damit auch diese Kreise dazu beitragen, die sie ebenfalls sehr bedrückenden Wohnungsverhältnisse zu bessern. Durch diese Anwendung der Selbsthilfe soll es zugleich vermieden werden, daß die Arbeitgeber für ihre Arbeitnehmer zu Zwangsbeiträgen für die Wohnungswirtschaftung herangezogen werden, wie dies nach § 9a des Kommunalabgabengesetzes möglich wäre.

In Verfolgung dieses Zieles ist Ende Dezember v. J. eine Kleinwohnungsbau-Halle-Aktiengesellschaft gegründet worden, die als gemeinnütziges Unternehmen ausschließlich die Beschaffung billiger Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung bezweckt.

Das Unternehmen soll ohne jede öffentlichen Zuschüsse und Beihilfen arbeiten und verlangte deshalb von den Arbeitgebern nicht unerhebliche Opfer. Jeder Aktionär hat sich zu verpflichten, den dreifachen Betrag des Steuerwertes seiner Aktien ohne Anspruch auf Gegenleistung der Gesellschaft für deren Zwecke zuzuwenden. Durch diese Zuwendungen soll der unrentierliche Wert der Baukosten abgedeckt werden. Es ist beabsichtigt, das Aktienkapital auf 10 Millionen Mark festzusetzen, denen ein Zuwendungskonto von 30 Millionen Mark entsprechen würde. Es ist berechnet, daß unter Erfassung der Betriebe mit mehr als 20 Arbeitnehmern auf jeden Arbeitnehmer ein Aktienkapital von 500 M. und 1500 M. freigebige Zuwendungen entfallen würden. Indessen steht auch den kleineren Arbeitgebern der Beitritt frei, wie auch auswärtige Arbeitgeber, deren Arbeiter in Halle wohnen, für die Aktiengesellschaft interessiert werden sollen.

Bisher sind ca. 6 Millionen Mark Aktien gezeichnet worden. Wenn die volle Höhe noch nicht erreicht worden ist, so hauptsächlich deshalb, weil die Frage noch nicht geklärt ist, ob im Falle einer späteren Anwendung des § 9a des Kommunalabgabengesetzes die freiwilligen Zuwendungen auf die dann zur Erhebung kommenden Beiträge angerechnet werden. Diese Frage haben die städtischen Körperschaften zu klären. Der Magistrat hat sich bereits in bejahendem Sinne ausgesprochen und ersucht die Stadtverordnetenversammlung, diesem Beschlusse zuzustimmen.

Die Aktiengesellschaft arbeitet als gemeinnütziges Unternehmen mit einer Höchstdividende von 5 Prozent. Bei der Vermietung der Wohnungen kommen zwar in erster Linie die Angestellten und Arbeiter der Aktionäre in Betracht, doch stellen die Wohnungen keine Werkwohnungen dar, da sie Eigentum der gemeinnützigen Gesellschaft bleiben und der Mietvertrag mit dieser, nicht mit den einzelnen Arbeitgebern abgeschlossen wird.

Sollten einzelne Arbeitgeber der Aktiengesellschaft fernbleiben oder sich ungenügend daran beteiligen, so wird der Magistrat diesen gegenüber später die Anwendung des § 9a des Kommunalabgabengesetzes beantragen.

Professor Karsten 30 Jahre Universitäts-Lehrer

Am 15. Februar ist Dr. phil. George Karsten, ordentlicher Professor der Botanik an der Universität Halle und Direktor des Botanischen Instituts der Universität (Am Kirchtor 1) dreißig Jahre Universitätslehrer. Geboren am 3. November 1863 zu Rostock, besuchte er von Michaelis 1870 bis Michaelis 1882 die Vorschule und das Gymnasium seiner Vaterstadt, studierte darauf bis Ostern 1886 in Straßburg im Elsaß, Zürich und Rostock, indem er Ottober 1882/83 in Straßburg zugleich seiner Militärpflicht als Einjährig-Freiwilliger genügte. Er ist seit Juni 1888 Reserveoffizier und besitzt auch die Landwehrdienstauszeichnung 2. Klasse. Nachdem er am 22. Dezember 1885 in Rostock mit der Dissertation „Ueber die Anlage seitlicher Organe bei den Farngen" die philosophische Doktorwürde erworben hatte, war er zunächst zu seiner weiteren Ausbildung bei Prof. de Bary in Straßburg und unternahm dann 1888 bis 1890 eine Studienreise nach Java, wo er an der botanischen Tropenstation in Buitenzorg tätig war, sowie nach den Molukken und nach Celebes. Die Rückreise nach Deutschland führte ihn auch nach Singapore und nach Ceylon. Nach seiner Rückkehr widmete er sich dann in Rostock der Ausarbeitung einiger Reiseergebnisse und übersiedelte Ostern 1891 nach Leipzig, wo er sich am 15. Februar des folgenden Jahres mit der Schrift „Beiträge zur Entwickelungsgeschichte einiger Gnetum-Arten" als Privatdozent an der Universität habilitierte. Juli bis Dezember 1894 unternahm Professor Karsten in Gemeinschaft mit Professor E. Stahl eine Reise nach Mexiko, siedelte im nächsten Jahre nach Kiel über und erhielt im Juni 1898 den Professortitel.

Die Franckeschen Stiftungen

Die Stiftungen in ihrer äußeren Entwickelung

Von Prof. Dr. W. Kaiser.

Nachstehend beginnen wir mit der Veröffentlichung einer Artikelreihe aus der Feder unseres langjährigen Mitarbeiters Herrn Professor Dr. W. Kaiser, der seit 40 Jahren an den Franckeschen Stiftungen tätig ist und noch heute als Studienrat an der Lateinischen Hauptschule wirkt. Er ist also besonders berufen, die Geschichte, die Leistungen und den Kampf der Stiftungen zu schildern.

Schriftleitung.

Kaum waren die ersten Worte über die Gefahren, in die die Franckeschen Stiftungen durch die schnell fortschreitende Entwertung des Geldes geraten sind, verhallt, so begann sich die öffentliche Meinung dieses Stoffes zu bemächtigen. Daß dem so sein mußte, ist durchaus verständlich. Mehr als zweihundert Jahre sind die Schicksale der Stadt Halle und der Stiftungen — im Volksmunde einfach meist das Waisenhaus genannt — eng miteinander verknüpft, und viele alte Hallesche Familien sehen noch heute eine Ehre darin, irgendwelche Beziehungen zu den berühmten Anstalten August Hermann Francks zu pflegen. Da erscheint es nicht überflüssig, den Blick der Allgemeinheit nochmals nach dem Süden unserer Stadt zu lenken und in knappsten Zügen von der Geschichte der Stiftungen zu sprechen, ihre Entwicklung und ihre Leistungen zu würdigen und endlich zu schildern, wie stark und ausdauernd sie sich bisher im Kampf ums Dasein bewährt haben. Vielleicht daß dadurch manches Urteil in Zukunft vorsichtiger gefaßt und neue, warme Teilnahme für Frankes gewaltiges Lebenswerk erweckt werden wird.

Am 7. Januar 1692 traf August Hermann Francke, berufen als Professor der griechischen und der orientalischen Sprachen an die in der Bildung begriffene Universität und als Pastor an die Kirche zu Glaucha, in unserer alten Salzstadt ein. Und bereits in den Jahren 1695—1698 legte er den Grundstein zu den ausgedehnten Unterrichts- und Erziehungsanstalten, die noch heute dem südlichen Stadtbilde die bestimmende Eigenart verschaffen. Weder Ehrgeiz noch Neuerungssucht, sondern die herbe Not trieb ihn im Vertrauen auf Gottes Hilfe zu diesem Werk. „Der schlechte Zustand des Unterrichts der Halleschen Jugend, die Mangelhaftigkeit der Schulen überhaupt, die Unfähigkeit so vieler Lehrer für ihren Beruf, dazu die große Armut, welche die unteren Volksklassen drückte und geistig und sittlich niederhielt, endlich auch die versäumte Bildung in vielen Familien höheren Standes: dies alles erweckte in ihm den unwiderstehlichen Drang, eine große Erziehungs- und Wohltätigkeitsanstalt zu gründen, die allen Klassen der Gesellschaft dienen sollte. „Die unabsehbaren Kirschgärten, die die Hügel östlich des Steinweges schmückten, war der Platz, den Francke nach und nach nebst einigen Häusern erwarb, und wo er am 18. Juli 1698 die Errichtung des jetzigen Hauptgebäudes begann. Selbstverständlich konnte ein so großzügiges Unternehmen, das in Deutschland nicht seines Gleichen hatte, nur durchgeführt werden, wenn Fürsten und Volk helfend hinter dem Manne standen, dessen kühnem und hochherzigem Denken die weit ausholenden Pläne entstammten. Schon um Ostern 1700 wurde ein Teil des mächtigen Baues in Benutzung genommen und nach einem Menschenalter hatten die Stiftungen ungefähr die Gestalt, die sie, wenn man von den Neubauten der jüngsten Zeit absieht, heute noch haben. Freilich, ehe es so weit kam, hatte die unermüdliche Tatkraft Frankes noch manche Schwierigkeit zu überwinden. Allein sein Mut und sein Gottvertrauen wuchsen mit den Hindernissen, und wertvolle, treue Mitarbeiter halfen ihm, sein Ziel glücklich zu erreichen. Buchhandlung, die, nebenbei gesagt, auch einen Laden in Berlin unterhielt, der bis 1821 bestanden hat, Apotheke, Bibliothek, das Kunst- und Naturalienkabinett, die Buchdruckerei — alles wurde in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts, die auch eine beträchtlich räumliche Erweiterung brachten, aus dem Nichts geschaffen, so daß sich nach zehnjährigen Mühen und Arbeiten das Bild der Anstalten folgendermaßen darbot:

1. Das eigentliche **Waisenhaus**. Hierzu gehörten 125 Waisenkinder, die ganz frei erhalten wurden. Die für sie und die Lehrer nötige Haushaltung bestand aus 17 Personen.
2. Das **Seminarium praeceptorum**, dessen 75 Personen sämtlich freie Kost genossen.
3. Der **Freitisch** für sehr arme Studenten; er versorgte 64 Personen.
4. Das **Pädagogium**. Es hatte 70 Schüler, die von 12 ordentlichen und 5 außerordentlichen Lehrern unterrichtet wurden.
5. Die **Lateinische Schule** mit 158 Schülern.
6. Die **deutschen Knaben- und Mädchenklassen**, in denen außer 70 Waisen schon damals 418 aus der Stadt kommende Kinder waren.
7. Die **Buchhandlung** mit einem Aufseher, einem Diener, einem Lehrling und die **Buchdruckerei** mit einem Faktor, 6 Gesellen und 4 Lehrlingen.
8. Die **Apotheke** mit einem Provisor, einem Buchhalter, 4 Laboranten, 2 Gesellen und 2 Lehrlingen.
9. Das **Witwenhaus** mit 4 Insassen.
10. Die **Anstalt für die glauchaischen Hausarmen** und für durchreisende Bettler.
11. Das **Gymnaeeum**, eine Erziehungsanstalt für die Töchter höherer Stände.

Um alle diese Einrichtungen, die in ihrer Gesamtheit einen wahrhaft großartigen Eindruck machen, zu unterhalten, bedurfte es schon damals beträchtlicher Mittel, obgleich die Druckerei nebst Buchhandlung und die Apotheke erfreuliche Einnahmen abwarfen. Die Wohltätigkeit der August Hermann Francke gut gesinnten Kreise und die Gnade der Fürsten öffneten erfreulicherweise immer neue, oft sogar sehr reichlich fließende Geldquellen. Selbst aus England und Amerika trafen Gaben und Beiträge ein. Ein einziger unbekannt gebliebener Wohltäter schenkte 5000 Taler.

Eins der wichtigsten Ereignisse der nächsten Jahre war dann die Gründung der **Cansteinschen Bibelanstalt**. Von dem Freiherrn Carl Hildebrand von Canstein ins Leben gerufen, ging ihre Leitung an Francke über, nachdem der hochherzige Freiherr im Jahre 1719 im kräftigsten Mannesalter gestorben war. Sein Werk gedieh auch unter der neuen Führung so wohl, daß sie sich aus eigenen Mitteln beständig erweiterten und zum Druck von Bibeln in fremden Sprachen vorscheiten konnte. Die Cansteinsche Bibelanstalt ist das Vorbild der Bibelgesellschaften des In- und Auslandes geworden und hatte bis 1900 etwa sieben Millionen Exemplare der heiligen Schrift gedruckt.

Bei solchen Leistungen ist es nicht verwunderlich, daß der Ruf der Stiftungen sich noch zu Frankes Lebzeiten über die Welt verbreitete. „Vom Indischen Ozean bis zu den Inselklippen Schottlands gab es kein Gebiet der evangelischen Kirche, wo sie nicht mit Ehren genannt worden wären." Eine ungefähre Schätzung der unendlichen Geistes- und Willenskräfte ihres Schöpfers erschließt sich dem, welcher bedenkt, daß Francke nicht nur der lebendige Mittelpunkt seiner ausgedehnten und so verschiedenartigen Stiftungen war und blieb, sondern auch daneben sein Pfarramt und seine Professur mit steigendem Einfluß ausübte.

Die Jahre nach Frankes Tod — 8. Juli 1727 — werden unter den in seinem Sinne wirkenden Nachfolgern durch mannigfache Bauten und Erwerbungen gekennzeichnet. An der Grundanlage vermochten sie kaum etwas zu ändern, wenn auch die innere Einrichtung der Stiftungen sich mehr und mehr vervollkommnete. Erwähnt soll nur der Ankauf der Rittergüter Canena und Reideburg sein. Selbst unter dem Direktorat von August Hermann Niemeyer gelangten in das äußere Bild der Stiftungen keine neuen wesentlichen Züge. Wenn sich dieser ausgezeichnete, als „Kanzler" Niemeyer in der Geschichte Halles bekannte Mann trotzdem den Ruhm des zweiten Gründers der Franckeschen Stiftungen erworben hat, so lagen seine Verdienste hauptsächlich auf andern Gebieten. Unter ihm nehmen die Anstalten einen hohen Aufschwung, weil es ihm gelingt, trotz schrecklicher Kriegsnöte für ihre finanzielle Sicherstellung zu sorgen und ihrer geistigen Bedeutung hellen Glanz zu verleihen. Im Jahre 1808 werden das reformierte und lutherische Gymnasium der Stadt mit der Lateinischule der Stiftungen zur „Lateinischen Hauptschule" vereinigt.

Unter den großen Kanzlers Nachfolgern trugen die Stiftungen der Wandlung der Anschauungen in Bildungsfragen vorsichtig Rechnung, indem sie im Jahre 1835 eine Realschule und fast gleichzeitig eine Höhere Mädchenschule eröffneten. So daß nun **neun Schulen auf dem Boden der Stiftungen** blühten: das Pädagogium, die Lateinische Hauptschule, die Realschule, die Höhere Töchterschule, die Bürgerschulen für Knaben und Mädchen, die Parallelschule und die Freischulen für Knaben und Mädchen. Hervorzuheben ist ferner, daß in diesem Zeitabschnitt der westliche Seitenflügel des Pädagogiums wegen Baufälligkeit abgerissen und dafür das jetzige Direktorgebäude errichtet wurde. Das Pädagogium selbst ging Ostern 1870 als Schule ein und blieb nur als Alumnat bestehen.

Diese letzten Mitteilungen führen bereits in den Abschnitt der Geschichte der Stiftungen, dessen sich das lebende Geschlecht noch frisch erinnert. Eingreifende Umgestaltungen des äußeren Bildes der Anstalten fanden da vornehmlich statt, so lange Wilhelm Fries, der sich vor kurzem in den Ruhestand zurückgezogen hat, die Leitung in Händen hielt. Die Neubauten der Höheren Mädchenschule, der Latina und der Oberrealschule sind die Zeugen seiner Amtstätigkeit.

Das wäre ungefähr der Umriß des Werdens und Wachsens der Franckeschen Stiftungen, die so unendlich viel zum Ruhme Halles als einer Schulstadt beigetragen haben. Sie würden niemals zu Ehren und Einfluß gelangt sein, wenn nicht in ihnen ein Geist gepflegt worden wäre, der Ewigkeitswerte zu vermitteln hatte. Diesem geistigen und sozialen Wirken, das sich oft in erhebenden Leistungen verkörperte, soll demnächst eine zweite Betrachtung gewidmet sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192202142-14/fragment/page=0005

Am 1. April 1896 wurde er außerordentlicher Professor in Bonn, am 20. Februar 1900 ordentlicher Professor in Halle als Nachfolger von Prof. Fritz Noll.

Prof. Karsten ist seit 1908 mit Prof. Heinrich Schenck, Herausgeber der „Vegetationsbilder", einer Sammlung von Lichtdrucktafeln mit Text, in denen er selbst einige Hefte veröffentlicht hat (Aus dem Malayischen Archipel, Mexikanischer Wald der Tropen und Subtropen, Monokotyledonbäume, Mexikanische Kakteen-Agaven- und Bromeliaceen-Vegetation, Mangrove-Vegetation). Darüber hinaus hat Prof. Karsten auf botanischem Gebiete eine reiche schriftstellerische Tätigkeit entfaltet und u. a. drei große Werke in den „Wissenschaftlichen Ergebnissen der deutschen Tiefsee-Expedition auf dem Dampfer „Valdivia" 1898 bis 1899" veröffentlicht. Weitbin bekannt in Fachkreisen sind drei außerordentlich verbreitete Lehrbücher für Hochschulen: Lehrbuch der Pflanzenphysiologie des Pflanzenreiches (drei Auflagen 1908, 1909, 1920), Gh. Strasburgers Lehrbuch der Botanik (von der 6. Auflage 1904 bis zur 14. Auflage 1919), und Lehrbuch der Biologie (1911; 2. Auflage 1914). Ein „Ratgeber für die Studierenden der Botanik und der Zoologie an der Universität Halle" (mit Prof. Valentin Haecker in Halle) erschien 1921. A. Hittr.

Ein Todesurteil

Der Angeklagte Graica wurde gestern vom Schwurgericht Halle a. S. wir berichteten bereits darüber, wegen Raubmordes zum Tode, zu 2 Jahren Zuchthaus und zu dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Der jetzige Personenfahrplan

Seit gestern ist, wie berichtet, der Personenzugfahrplan im Direktionsbezirk Halle mit den von dem Streik bereits bestandenen Einschränkungen aufgenommen worden. Es verkehren nicht:

Schlafwagenzüge D 5 Frankfurt (Main)—Halle (an 5,08) —Berlin (an 8,10). D 6 Berlin (ab 8,50)—Halle (ab 11,30)—Frankfurt (Main). D 70 Berlin (ab 7,18)—Halle (ab 10,02)—München. D 71 München—Halle (ab 4,34)—Berlin (an 7,32).

Schnellzüge D 83 Hamburg—Altona—Halle (an 13,43)—Leipzig (an 1,39) und D 84 Leipzig (ab 4,41)—Halle (ab 5,33)—Hamburg—Altona.

Eilzüge 161 Leipzig (ab 7,15)—Berlin (an 10,16) und 162 Berlin (ab 3,15)—Leipzig (an 6,27)

— Der „Stahlhelm" veranstaltet in dieser Woche zwei öffentliche Vorträge: Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, spricht in der „Loge zu den fünf Türmen", Albrechtstraße, Bankdirektor Frhr. v. Dinklage: „Frühere Staatsbankerotte und heutige Wirtschaftslage". Karten zu 2 und 1 M. an der Tageskasse. Sonntag, den 19. Februar, 11½ Uhr vormittags, C.-T.-Lichtspiele, Gr. Ulrichstraße, M. d. R. Bergwerksdirektor Leopold: „Unternehmertum und Arbeiterschaft". Karten zu 8, 2 und 1 M. an der Tageskasse.

— Der Kaufmännische Verein, C. V., veranstaltete gestern abend einen gut besuchten, humoristischen Abend in sämtlichen Räumen des „Stadtschützenhauses". Die künstlerische Leitung lag in den Händen des Herrn Spielleiters Adolf Schiele vom Stadttheater, der den Abend im Rahmen eines „Sonntags auf der Alm" großzügig angelegt hatte. Die zahlreichen feschen Dirndln und Bauernburschen hatten reichlich Gelegenheit, auf der Rodelbahn ihrer sprühenden Lust in Jauchzern Luft zu machen oder sich beim Schuhplattlerin atemlos zu tanzen. Der Almvieh, das Wein- und Liörzeli, die Würstchenbude usw. trugen nicht wenig zum Beleben der Stimmung bei, die noch jedesmal wuchs, wenn ein Originalvortrag, Gesangsquartett oder eine andere Ueberraschung auf der Bühne geboten wurde. Alles in allem ein wohlgelungener Abend!

*

— Stadttheater. Heute, Dienstag, abends 7½ Uhr gelangt Kleist's Schauspiel „Prinz Friedrich von Homburg" zur Aufführung. Mittwoch „Oberst Chabert", Donnerstag nächstöffentliche Vorstellung. Freitag Erstaufführung „Liebe und Trompetenblasen", Lustspiel von Hans Sturm und Hans Bachwitz, Sonnabend „La Traviata", Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Schwanenweiß", Sonntag abend „Mignon".

— Freie Volksbühne Halle. Thalia-Theater. „Was ihr wollt". Spieltage: A: Mittwoch, der 15., E: Donnerstag, der 16., F: Montag, der 20., G: Mittwoch, der 22., H: Donnerstag, der 23., J: Sonnabend, der 25. Februar.

— Das Klingler-Quartett gibt seinen 8. diesjährigen Abend am Montag, den 20. Februar. Das Programm enthält Regers Streichquartett in Es-Dur und Schuberts G-Dur-Quartett. Karten in der Hofmusikalienhandlung von Heinrich Hotkan.

Eine Kundgebung für die christliche Schule

Zu einer großen Kundgebung für die Erhaltung der christlichen Schule gestaltete sich die gestern abend nach dem Reformrealgymnasium einberufene Versammlung seitens des Halischen Schulkartells. Die Aula war bereits vor Beginn der Veranstaltung übervoll.

Ein Gesangsdoppelquartett leitete den Abend mit einem Liedstimmungsvoll ein, worauf die Erschienenen von Herrn Konsistorialrat Gutschmidt willkommen geheißen wurden. Er führte sodann kurz aus, daß die Sorge um unsere Jugend und das Vaterland die Veranlassung gewesen sei, das Schulkartell ins Leben zu rufen, dem eine Anzahl kirchlicher, wissenschaftlicher und politischer Vereine angehörten. Eine besondere Freude sei es, auch unsere katholischen Mitbrüder in der Versammlung zu begrüßen.

Hierauf erhielt Herr Hofprediger Bindemann-Dessau das Wort zu seinem Vortrage über „Christentum und Charakterbildung". Redner legte dar: Es handelt sich um die Erhaltung der christlichen Schule. Sie ist eine Lebensnotwendigkeit für unsere Kinder und unser gesamtes Volk, wenn wir wieder hochkommen wollen. Unser armes, gequältes Volk leidet heute unter zahllosen Nöten, äußeren und inneren. Viel schlimmer als die äußeren sind die inneren infolge des Mangels an Charakteren. Deshalb fordern wir Charakterbildung, schon bei unseren Kindern in der Schule. Die Herausbildung von Charakteren wird aus der Ehrfurcht heraus geboren. Wer keine Ehrfurcht hat, kann sich nicht aus dem Inneren heraus entwickeln. Die letzte Instanz, vor der wir uns in Ehrfurcht beugen, ist Gott. Evangelium und Christentum sind der Urquell, durch den eine Wiedererauferstehung unseres Volkes und Vaterlandes erfolgen muß. Auf dem obersten Kirchentage in Stuttgart ist mit Recht ausgesprochen worden, wir brauchen ein Schulleben, das von dem Geist des christlichen Bekenntnisses geleitet wird. Wir lehnen eine Schule ab, deren Geisteserben zerrissen ist, und fordern eine Schule, die von christlichem Geist getragen wird. Es muß niedergerungen werden die Weltanschauung, an der wir heute kranken, der Intellektualismus und die Ueberzivilisierung. Von einem religionslosen Staate dürfen wir nichts erwarten. Unsere Zukunft für Christus! Hinter der Forderung der christlichen Schule muß unser ganzer innerer Mensch stehen, wir brauchen sie um des Vaterlandes, um des Gewissens willen. Deshalb kämpfen wir für sie.

Herr Rektor Splett nahm Stellung zum Reichsschulgesetz vom Standpunkte der katholischen Schulgemeinde aus. Die Katholiken fordern die konfessionelle Schule im Interesse der Kinder, denn Dualismus steckt schon genug in uns. Töten kann man das wahrhaft Echte, das Göttähnliche im Menschen nicht, sonst leidet die Kultur der Menschheit. Auch aus nationalen Gründen ist die konfessionelle Schule zu fordern, sowie schließlich aus der menschlichen Wesensliebe heraus, denn jeder Mensch ist ein Träger der unsterblichen Seele. Wenn die Forderungen der Katholiken gegenüber dem Schulgesetz nicht berücksichtigt werden, nehmen sie den Kampf dagegen auf, aber sie werden sachlich kämpfen.

Herr Rektor Graefe ging in seinen Ausführungen näher auf das Wesen und den Wert der einzelnen Schularten ein und legte ebenfalls dar, weshalb die christliche Volksschule, nicht die Gemeinschafts- oder weltliche Schule zu fordern sei. Unter Beifall lob der Redner hervor, eine Gemeinschaftsschule beruhe auf Täuschung oder Selbstbetrug für Lehrende und Lernende und in ihr würde mehr Feindschaft als Gemeinschaft herrschen. Unverständlich sei es, wie von seiten des Deutschen Lehrervereins zu Agitationszwecken für die Gemeinschaftsschule eine halbe Million ausgegeben werden konnte. In der geforderten Gemeinschaftsschule werden Gesang, Geschichte, Religion usw. verstümmelt; sie dart daher nicht zur Einführung kommen. Die christliche Schule ist die rechte pädagogische Einheitsschule.

Herr Geh. Justizrat Elze brachte folgende Kundgebung zur Verlesung, die von der Versammlung einstimmig entgegengenommen wurde:

„In Sorge um unsere vielfach hoffnungslose Jugend, in Hoffnung auf eine innere Erneuerung Deutschlands und im Bewußtsein unserer Verantwortung vor Gott, unserem Gewissen und unserem Volke erklären wir angesichts der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz im Reichstage folgendes:

1. Wir verlangen, daß in unseren Schulen die Religion nicht nur als ordentliches Lehrfach erhalten, sondern auch der gesamte Unterricht von christlichem, sittlichem und vaterländischem Geist durchdrungen werde.

2. Wir erwarten, daß das durch die Reichsverfassung verbürgte Recht der Eltern, ihre Kinder in Schulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung zu schicken, in keiner Weise durch das Reichsschulgesetz beschränkt wird.

3. Wir lassen jeder gewissenhaften Ueberzeugung Raum, aber wir erklären, daß wir christliche, konfessionell gegliederte Schulen für die beste Schulart zur Erziehung christlich-sittlicher Persönlichkeiten erachten.

4. Zur Erreichung unserer Ziele halten wir die Einrichtung und Ausgestaltung von Schulgemeinden, die Sammlung von christlichen Elternbunden im ganzen Reich und die Pflege christlicher Elternbeiräte für dringend erforderlich und rufen unsere Gesinnungsgenossen auf, dahin zu wirken, daß diese unsere Forderungen anerkannt und erfüllt werden.

5. Wir erwarten, daß das Reichsschulgesetz und das demnächst zu erlassende Landesschulgesetz diesen unseren Ueberzeugungen Rechnung tragen werden.

Nach einem Schlußwort des Herrn Konsistorialrats Gutschmidt und einem nochmaligen Liedvortrag seitens des Doppelquartetts wurde die Versammlung geschlossen.

Die Gestaltung der Märkte in Halle

Der städtische Verkehrsausschuß beschäftigte sich gestern erneut mit der Magistratsvorlage, wonach das Marktstandgeld auf unseren Jahrmärkten für Geschäfte jeder Art an Ecktischen und für solche Geschäfte, die nicht auf den Umsatz von Waren gerichtet sind, 2 M. je Quadratmeter betragen soll, für alle anderen Geschäfte 1 M. Bierzelte zahlen je Quadratmeter 1 M., an Ecktischen 2 M.

Der Magistrat legte einen Nachweis über die Kosten vor, die die Herrichtung des Exerzierplatzes an der Dessauer Straße verursacht hat. Es sind bisher für das Einebnen der Schützengräben 62 000 M. aufgewendet, für andere Einrichtungskosten 10 000 M. Jetzt macht sich eine weitere Einebnung notwendig, die auf 18 000 bis 25 000 M. veranschlagt worden ist. Die Heranziehung von Licht- und Kraftstrom beträgt nach dem Anschlage des Elektrizitätswerkes noch 35 000 M. Die letzteren Kosten wird man einbringen, indem man je Anschluß 20 M. erhebt. In dieser Hinsicht ist schon ein Uebereinkommen mit der Marktkommission erzielt worden. Der Platz steht der Stadt noch bis zum 1. Juli 1925 zur Verfügung. Sieben Märkte sollen bis dahin, je einer im Frühjahr und im Herbst, von je 8 Tagen Dauer einschließlich zwei Sonntagen abgehalten werden. Diese sieben Märkte müssen Verzinsung und Tilgung der genannten Summen einbringen. In der Aussprache wurde die beträchtliche Erhöhung der Marktstandgelder in anderen Städten hervorgehoben. So nehmen Wittenberg für den nicht 5 Tage dauernden Jahrmarkt 15 M., Chemnitz für Schuden 9,50 M., für andere 7 M. für den Quadratmeter. Der Ausschuß hielt dabei den Preis von 2 M. für Ecktische und für solche Geschäfte, die nicht auf den Umsatz von Waren gerichtet sind (Schubuden, Karussells), ferner 1 M. für alle übrigen Geschäfte für nicht zu hoch. Nach den Feststellungen vom September-markt ist der Zustrom beträchtlich gewesen. Damals waren auf dem Jahrmarkt 882 Stände vertreten, darunter 500 für Porzellan, 5 Kleine und 15 große Karussells, 2 russische Schaukeln, 3 Kaffeehallen usw. — Das Standgeld für den Wochenmarkt wird von 40 Pf. auf 60 Pf. je Quadratmeter erhöht. Für Stände mit Christbäumen will man jedoch 2 M. je Quadratmeter und Tag erheben.

Der Ausschuß erhöhte schließlich noch die Standgelder für die Viehmärkte. Im Interesse unserer Vieh- und Pferdemärkte wollte man die Sätze nicht zu hoch schrauben. Man einigte sich auf einen Satz von 5 M. für ein Pferd, 2 M. für ein großes Schwein, 1 M. für ein Ferkel.

Vereins-Nachrichten

— Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund. Bundesabend am Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr im „Nikolaus". Tagesordnung: 1. Roth-Tag. 2. Sippenabend. 3. Die Schuld der Regierung am Streik. 4. Vortrag von Rechtsanwalt Spilling über: „Die deutsche Wertgemeinschaft" (II. Teil).

— Hallescher Bürgerbund. Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr findet im „Stadtschützenhaus", unterer Saal, der diesjährige erste Vortrag über „Politik als Erziehung zur öffentlichen Verantwortung" durch Herrn Dr. Albert Dietrich (M. d. R.) für die Mitglieder statt. Durch Mitglieder eingeführte Gäste willkommen.

— Kant-Gesellschaft, Ortsgruppe Halle. Freitag, den 17. Februar, 8 Uhr abends im Aud. IX Vortrag von Herrn Prof. Dr. Lütgert-Halle „Der Ausgang des deutschen Idealismus in Mystik".

Wanderungen durch den Saalkreis

Erst durch den großen Krieg ist der Sinn und der Wert der Heimat dem deutschen Volke in klarer Erkenntnis aufgegangen, und wenn es etwas an sittlichem Gehalte aus dem schrecklichen Zusammenbruch gerettet haben sollte, so sollte es diese Liebe und dieses Verständnis sein für die Heimat, und ganz besonders für die engere Heimat.

Vielseitig und umfangreich sind heute in deutschen Landen die Bemühungen, die Vergangenheit der Heimat zu erschließen. Besonders für unsere engere Heimat wird die Geschichte in wissenschaftlich tiefdurchforschter und doch dem in einer dem Laien angenehmen, klarverständlichen Weise behandelt. Im Verlag von Karras u. Koenneckе, Halle an der Saale, ist erst kürzlich der 4. Band der „Wanderungen durch den Saalkreis" des weitbekannten Lokalhistorikers Dr. Siegmar Baron von Schultze-Galléra erschienen. Er enthält fünf Wanderungen, deren erste beide sich mit Löbejün und den Dörfern und Wüstungen am Petersberge beschäftigen, während die dritte und fünfte die Dessauer und Berliner Heerstraße behandeln. Die vierte Wanderung ist Niemberg und Umgegend gewidmet. Der geschmackvoll ausgestattete Band enthält eine Anzahl der Federzeichnungen Weyners auf seinen 224 Seiten.

Wenn heute der hallenser seinen Nachmittagsspaziergang zum „Roßthorn" bei Nötzlich macht, dann wandert er auf der alten Dessauer Landstraße dahin. Diese Straße beginnt gegenüber dem Gasthof „Zum grünen Hof" in Halle in der Berliner Chaussee und zieht sich in nordnordöstlicher Richtung auf dem ebenen Höhenlande des Rothenburg-Petersberger Plateaus hin. Sie führt über das „Roßthorn", läßt Tornau östlich liegen, geht an der Westseite Oppins vorüber durch Brachstedt, tritt hier in die große niederdeutsche Ebene und verläßt unsern Saalkreis kurz vor dem im Bitterfelder Kreise gelegenen Dorfe Schwerz. Alsdann geht sie auf Zörbig (Roßstation schon im 17. Jahrhundert) und führt entweder über Rodigkau, Salzfurt nach Dessau oder über Radegast, nachdem man die sumpfige, zeitweilig völlig grundlose Fuhnenniederung 1673—1687 durch eine Dammstraße passierbar gemacht hatte, nach der anhaltischen Hauptstadt. Es sei aber bemerkt, daß unsere Straße während des Mittelalters weniger dem Verkehr mit dem anhaltischen Lande gedient, als vielmehr dem Handel und Wandel über Zörbig, Löberitz, Kapelle-Salzfurt in die Mark. Auf ihr wurde bei Halleschs Salz nach Nordbeutschland verfrachtet. Auf dieser Straße zogen im Herbst 1806 König Friedrich Wilhelm III. und seine Truppen Napoleon entgegen zum Kampfe bei Jena und Auerstedt. Für das Königliche Gefolge hatte das Hallische Postamt von Brachstedt aus die Pferde stellen müssen; außer allen Pferden von Halle und Könnern hatte man noch 40 Wagenpferde aus Löbejün aufgeboten. Uebrigens ist diese Straße uralt. Der Verfasser der „Wanderungen" fand in Thietmars von Merseburg Chronik, daß Kaiser Heinrich II. in Zirlberg im Gau Neletize (Schwerz nördlich von Brachstedt) am 24. Juli 1012 seine Vasallen sammelte, um von hier aus gegen die Slawen vorzudringen. — Bei Oppin, am heutigen Landhaus „Freiheit-Oppin", wird unsere alte Straße von einer alten Leipziger Handelsstraße, von der „Sperlingsstraße", geschnitten. Diese kommt von Leipzig über Landsberg, Niemberg nach Oppin und führt über das einsame Plateau in gerade Linie nordwestlich zum Petersberge und von hier am Amte vorüber über den ehemaligen Gasthof „Sperling" nach Könnern, Magdeburg usw. Jedoch Brachstedt berührte unsere alte Straße, nach alten Landkarten zu urteilen (Amsterdam 1758, ebenso 1763) nicht, sie führte vielmehr von Brachstedt über Burg an Hohen vorüber. Als unter dem Großen Kurfürsten 1680 u. f. regelmäßige Fahrposten eingerichtet wurden, befuhr alsbald, wie wir aus dem Kursächsischen Postkurs 1703 ersehen, eine fahrende Post auf unserer Landstraße. Sie brach Mittwochs oder Sonntags früh 4 Uhr von Halle auf, war um 8 Uhr morgens in Zörbig und um 12 Uhr mittags in Dessau. Von hier ging die Fahrt über Coswig, Treuenbrietzen nach Berlin weiter, wo man Donnerstags bezw. Montags nachmittags 4 Uhr ankamen 1) — In ähnlicher Weise führt der Verfasser die Geschichte, die Leiden und Schicksale der bemerkenswerten Häuser — „Grüner Hof", „Roßthorn" usw. — vor und die Geschichte der Dörfer an dieser Straße. Eine Fülle statistischen Materials veranschaulicht das Wachstum bezw. den Rückgang der Ortschaften in den letzten hundert Jahren.

Die Berlin-Kasseler Chaussee, welche ebenfalls am „Grünen Hof" vorüberführt, ist in ihrer heutigen Gestalt viel jünger. Sie wurde erst 1823/24 gebaut, nachdem 1815 die Kreise Delitzsch, Bitterfeld, Wittenberg preußisch geworden waren. Vordem ging die Straße von Halle schon bei Hohenthurm in das kursächsische Gebiet über und hieß die Landsberg'sche Straße, die auf Wittenberg weiter führte, so wird Hohenthurm an der „Landsberg'schen Straße" gelegen genannt. Die Bedeutung der Straße wuchs, als im Westen der Wettinischen Besitzungen die Salzstadt Halle zu kräftiger Blüte erblieb. Die alte Warte, der „Hohe Turm", so ziemlich an der Grenze der Wettiner Lande gen Westen, war die Beschützerin des Landes wie der Straße, die an ihrem Fuße ins erzbischöflische Gebiet vorüberzog, noch mehr, seitdem Markgraf Dietrich um 1170/1180 seine Residenzburg Landsberg, die Beherrscherin des Ostlandes, erbaut hatte.[2])

[2]) Seite 191 f. (Auf der alten Dessauer Straße. S. 191—195.)

[2]) Seite 288 f. (An der Berliner Chaussee S. 288—290.)

Der „Hohe Turm" ist wohl der interessanteste Punkt an der Berliner Chaussee. Man lese darüber nach, was der Verfasser S. 273 ff. darüber zu sagen hat. Die erste Anlage des hohen Turmes weist wohl in die Zeiten Heinrichs I. zurück. Damals diente er noch nicht der Sicherung und Beherrschung einer Straße, wie später, sondern der Abwehr und dem Kampfe räuberischer Ungarnscharen, die über die weiten Ebenen von Südosten heraufstiegen und zwischen dem Fuhnesumpf und dem Elster- und Niederbachmoorästen gewissermaßen durch einen Engpaß der Linie Zörbig—Hohenthurm nach Westen und über die Saale vordrangen und dabei auch die hallischen und den Giebichenstein-Solbrunnen verwüsteten. Damals war der „Hohe Thurm" ein einsamer, steinerner, runder Wartturm, auf kahler Porphyrkuppe erbaut, aus Waldungen, Sümpfen und Fluren emportauchend, vielleicht halb so hoch wie heute. Der jetzt vorhandene Turm ist in seinem unteren alten Teil dem alten Krosigker sehr nahe verwandt, aus Porphyrbruchsteinen nicht so genau errichtet, er ist wie jener um das Jahr 1000 entstanden und verdankt wohl den Baueifern, dem ältesten Wettiner Fürsten, seine Herkunft. Das Land wig er selber gehörte zwar bis Reletitzanen, den Heinrich bis zum Zitzigbach (Eitzenbach) ausgedehnt hatte, aber nach Zerfall der Gau (um 960—980) dehnten die Buzizer Herren ihre Macht hier aus, und der Turm wurde dann die äußerste Feste des wettinischen Ostlandes zwischen Saale, Mulde und Elster, das nebst der Nieder-Lausitz einer älteren Buzizer Linie gehörte, die mit Heinrich II. Vostkumus († 1128) ausstarb.[1]) Nun kam das Land und Hohenturm in die Hand Konrads des Großen, nach seinem Tode erbte sein Sohn Dietrich Osterland und Lausitz. Dieser hatte die Burg Landsberg (1170—1180), von der er den Markgrafentitel annahm. Er gestaltete wohl den Bergfried, den hohen Turm, um, vergrößerte ihn durch Anbau von Burggebäuden und beute die Kirche dicht an ihn. Der eigentliche Eingang in den Turm (jetzt vermauert) war, wie bei allen Bergfrieden, etwa über Meter über der Erde. Die Bergfriede standen allein und waren nur durch Leitern oder Holzbrücken, die von den etwas entfernt liegenden Wohngebäuden hinüberreichten, zu erreichen. Der heutige untere Eingang ist sinnes als die Turmanlage.

Die nunmehrige Burg zum „Hohen Turm" übernahm nun den Schutz des Landsberger Landes und der wichtigen Landstraße. Markgraf Dietrich der Weise, Sohn Heinrichs des Erlauchten, sorgte so für die Sicherheit von Handel und Wandel auf den Straßen, daß er allen nach Leipzig reisenden Kaufleuten, ohne Rücksicht, ob er mit ihren Landesherren in Mißhelligkeiten oder gar Krieg verwickelt sei, sicheres Geleit versprach, um die Wälle der damals kleinen Stadt zu heben. Der „Hohen Turm" ging wahrscheinlich in den Besitz anderer Herren über, bis er 1347 zum Besitz Mansfelds kam. In der Zeit von 1180 bis 1395 lebte hier das Ministerialengeschlecht „Vom hohen Thurme".

Noch andere bemerkenswerte Punkte bespricht unsere Quelle in der Nähe Halles, in der Nähe von Freiimfelde und bei Diemitz. Der Verfasser hat diese beiden Städten auch in der seit längerer Zeit vorliegenden ersten Hälfte des zweiten Bandes seiner sächsischen Topographie der Stadt Halle behandelt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192202142-14/fragment/page=0006

Volkswirtschaftlicher Teil

Dollar 201,50 Mark

Vom Zuckermarkt

Unser Magdeburger Mitarbeiter berichtet: Die Geschäftstätigkeit an den heimischen Zuckermärkten war in der verflossenen Woche außerordentlich still. Die Vorräte an Rohzucker und auch die Freigabe sind in der Hauptsache erschöpft, und, soweit noch die Erledigung rückständiger Aufträge in Frage kommen, werden die Verladungen unter dem Drucke der Verkehrsstörungen behindert. Es wird noch geraume Zeit vergehen, bis die Folgen des Eisenbahnerstreiks überwunden und der Verkehr wieder in geordnete Bahnen geleitet sein wird. Die dadurch auch für den Zuckermarkt herausbeschworenen Schwierigkeiten waren umso katastrophaler in die Erscheinung, als auch die Besserungen infolge des Frostes zumeist unbenutzbar sind und an die Wiedereröffnung des Binnenschiffahrtsverkehrs vorläufig nicht zu denken ist. Sollten bis zu dem Herauskommen der neuen Freigabe die Verkehrsstörungen nicht behoben sein, so würden sich für die Versorgung des Konsums und der zuckerverarbeitenden Industrie, die an sich schon erheblich über Mangel an Rohmaterialien zu klagen hat, unübersehbare Schwierigkeiten ergeben. Vorläufig läßt es sich noch nicht sagen, wann die längst erwartete Verfügung eines weiteren Kontingents Raffinade erfolgen wird, in Zuckerkreisen besteht die Ansicht, daß man abwarten wird, wie die Zuckerverbrauchsabgabe genehmigt ist, um dann gleichzeitig mit der neuen Freigabe eine Erhöhung der Zuckerpreise, die infolge der ständig steigenden Gestehungskosten und der sonstigen weiteren Belastungen unvermeidlich ist, eintreten zu lassen. Ueber das Ausmaß der Preiserhöhung konnte man sich bisher noch nicht schlüssig werden. Auch im Rohzucker-Stück der Verkehr unter dem Einfluß der Verkehrsstockungen außerordentlich gering, bei den neuen Freigaben handelte es sich nur um unbedeutende Mengen. — Am Hamburger Rohzuckermarkt wurde am Wochenschluß Lieferung per Februar mit 11,20 Mk., per März mit 11,10 Mk. und per April mit 11 Mk. pro Kilogramm notiert.

Die Preisgestaltung am Melassemarkt war weiter angebend. Für die außerordentliche Festigkeit war das geringe Zufuhrangebot maßgebend, so daß die Nachfrage bei weitem nicht befriedigt werden konnte. Die amtliche Magdeburger Notiz lautete auf 128 bis 130 Mk. für 50 Kilogramm bekannte Bedingungen.

Die Frage des Fortbestandes der gegenwärtigen Uebergangswirtschaft unter der Führung der Zuckerwirtschaftsstelle wird in den maßgebenden Kreisen der Zuckerindustrie lebhaft erörtert und es wird der Gedanke erwogen, an die bestehenden Organisation festzuhalten. Von vielen Seiten wird die Ansicht vertreten, daß durch den Zusammenschluß von Rohzucker- und Raffinationsindustrie im Verhältnis Bezirk das Kontingent der Zuckerraffinerie Halle auf eine Höhe gebracht wird, daß eine Sprengung des Raffinerieverbandes unvermeidlich ist und damit natürlich auch die Zuckerwirtschaftsstelle fallen müßte. Das Projekt Halle ist zwar geneh-migt, kann aber vorläufig noch nicht zur Durchführung gelangen, da eine Anfechtungsklage gegen die Beschlüsse schwebt, die sich auf § 254 H. G. B. und auf sonstige Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen stützt.

Von den ausländischen Zuckermärkten sind die Nachrichten infolge der Unterbrechung des Briefverkehrs zumeist recht verspätet eingegangen, so daß die neueste Tendenzgestaltung sehr undurchsichtig ist. Sowohl aus London als auch aus Paris lauten die letzten Meldungen fest. Bei mäßigem Geschäft konnten sich sowohl für greifbare Ware als auch im Terminverkehr Preisbesserungen durchsetzen. Am New-Yorker Zuckermarkt ist gegen Wochenschluß eine Ermattung der Haltung eingetreten. Prompte Zentrifugalzucker, die zu Wochenbeginn mit 3,70 c eröffneten, stiegen zunächst auf 3,87 c und schließlich auf 3,81 c per lb. nach, — auch im Lieferungsgeschäft verlagern sich die Abschlüsse auf niedrigerer Preisbasis.

*** Maul- und Klauenseuche.** Der Ausbruch der Seuche auf dem Viehmarkt in Hamburg wird unter dem 7. Februar gemeldet. Am 7. Februar ist die Seuche in Zwickau, am 8. Februar in Leipzig erloschen.

Aus der Kalindustrie. Das dem preußischen Staat gehörende Staßfurter Salzwerk wird vom Staat mit einem Kostenaufwand von 8,1 Mill. Mark ausgebaut werden.

*** Die Verordnung über das Verfahren vor den Kalistellen** vom 27. Januar 1922 wird im Reichsanzeiger Nr. 36 vom 11. Februar und im Reichsgesetzblatt Nr. 14 vom 10. Februar veröffentlicht.

*** Trotha-Sennewitzer Aktien-Ziegeleien-Gesellschaft zu Leuna.** Das am 31. Dezember abgelaufene Geschäftsjahr hat einen Reingewinn von 1 451 601,90 M. erbracht. Die G.-V. vom 7. Februar genehmigte eine Dividende von 4 Proz. und eine Superdividende von 56 Proz. In der Bilanz erscheint das Kontokorrentkonto der Aktivseite mit 1 800 546,55 M., das der Passivseite mit 10 000 M. Das Gebäudekonto, das Eisenbahnkonto, das Geschirrkonto und das Tongrubenkonto sind mit je 100 M. angesetzt.

****. Bürsten- und Knopffabrik, A.-G., vorm. Richard Böhlitz in Altenburg.** (Eigener Drahtbericht.) In der ersten außerordentlichen G.-V. wurde den Gesellschaftsorganen Entlastung erteilt und die Dividende auf 4 Proz. festgesetzt. Sodann wurden in den Aufsichtsrat gewählt: Bankier Richard Wagner-Leipzig, Rechtsanwalt Dr. Hans Wunderlich-Altenburg, Geh. Kommerzienrat Otto Weisenberger, Chemnitz, und Fabrikbesitzer Freund, Schmölln. Ferner beschloß die Versammlung die Erhöhung des Grundkapitals von 2½ auf 4½ Millionen. Die neuen Aktien werden den bisherigen Aktionären zu 150 Proz. im Verhältnis 5:3 angeboten.

*** König Friedrich-August-Mühlenwerke, A.-G.** Das Grundkapital soll um 8 Mill. Mark durch Ausgabe von 3500 Stück Stamm- und 200 Stück Vorzugsaktien mit Dividendenberechtigung für 1922 erhöht werden.

Aktienbrauerei Dommitzsch A.-G. in Dommitzsch a. Elbe. In der außerordentlichen Generalversammlung wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 6 auf 11 Mill. Mark durch Ausgabe von 5000 Stück neuen Stammaktien und 1000 Stück neuen Vorzugsaktien einstimmig beschlossen. Die neuen Aktien werden an die Commerz- und Privatbank in Dresden begeben. Den Aktionären wird auf die neuen Stammaktien ein Bezugsrecht im Verhältnis 2:3 zu 120 Prozent eingeräumt.

Manfs Kakao- und Schokoladenfabrik A.-G., Wernigerode. Der Aufsichtsrat hat in der letzten Sitzung lediglich das Resultat des Geschäftshalbjahres vom 1. Juli bis 31. Dezember 1921 zur Kenntnis genommen. Die Ergebnisse waren äußerst günstig. Die Gesellschaft hat für das erste Geschäftsjahr 12 Prozent Dividende verteilt. Die Verwaltung rechnet für das laufende Geschäftsjahr mit einem besseren Ergebnis.

*** Handtorsplitzer Halle (Saale). Heimann und Riekner, Stock- und Leuchtmarke Halle (Neubildung in der Zusammensetzung der Gesellschaft).** Herr Carl O. Holste, Halle (Neubildung unter Firma in Carl O. Holste), Inh. Ingenieur Arthur Kühne und Kaufmann Gerhard Kühne, Halle a. S.).

****. Rauchwarenauktion.** (Eigener Drahtbericht.) Am 6. März beginnt in Leipzig die zweite Rauchwarenauktion für Rechnung der russischen Sowjetregierung. Zur Versteigerung kommen vor allem russische Artikel, darunter diesmal auch 25 000 Persianer, sowie amerikanische Rauchwaren. Das gesamte Quantum ist sehr bedeutend. Die Auktion wird veranstaltet durch die Rauchwarenlagerhaus-G. m. b. H.

*** Wagenstellung für Montanprodukte** am 13. Februar. Eisb. Halle stellte 6491, stellte nicht 129 10-Tonnen-Wagen.

Mittags-Börsendienst der „H. Z".

Berlin, den 14. Februar 1922.

w. **Börse.** An der Börse überwog trotz leichter Abschwächung der Devisenkurse auch heute die Kauflust, namentlich seitens des Privatpublikums. Die Kursbewegung gestaltete sich aber nicht gleichmäßig, da spekulative Kreise zu Gewinnrealisierungen neigten. Auch hielten sich die eingetretenen Besserungen in mäßigen Grenzen. Laurahütte stellten sich 28 Prozent höher. Das Geschäft ist weniger lebhaft. Man erwartete eine befriedigende Lösung der Kabinettskrise und nahm an, daß darauf Besserungen in der Markbewertung im Auslande folgen werden.

*** Bezugsrechte am 13. Februar.** Nongs Spinnerei 1300 b. G. Reichholz Papier 40 b. G. Rhein. Credit-Bank 4,5 b. Eisenwerk L. Meyer 300 b. G. Blauener Spitzen 115 b.

Vorkurse der Berliner Börse

	14. 2.	13. 2.		14. 2.	13. 2.
5% Dt. Reichsanl.	77 50	77 50	Badische Anilin	658.—	645.—
Hamburg. Paketf.	—.—	461.—	Dynamit Nobel	810.—	825.—
Hansa	—.—	600.—	Elberf. Farbenf.	644.—	629.—
Nordd. Lloyd	—.—	480.—	Fr. Goldschmidt	—.—	1160.—
Bert. Handelsges.	555.—	568.—	Höchster Farbw.	680.—	674.—
Comm. u. Privatbk.	—.—	827.—	Köln-Rottweiler	982.—	952.—
Darmst. Bank	832.—	824.—	Allg. Elektr.-Ges.	820.—	790.—
Deutsche Bank	544.—	545.—	Bergmann. Elektr.	930.—	905.—
Disconto Ges.	—.—	452.—	Sachsenwerk	620.—	610.—
Dresdner Bank	867.—	853.—	Schuckert	701.—	711.—
Bochum. Ges.	1150.—	1100.—	Siemens & Halske	—.—	900.—
Dtsch.-Luxemburg	890.—	860.—	Adlerwerke	631.—	599.—
Gelsenkirch. Bgw.	1040.—	1000.—	Ausgb. N. v. b. Mo.	—.—	1180.—
Harpener	1510.—	1480.—	Daimler	563.—	547.—
Laurahütte	1753.—	1725.—	Dtsch. W. v. b. M.	1440.—	1423.—
Rannesmann	1850.—	1510.—	Orenstein & Koppel	1090.—	1067.—
Thyssen	1110.—	1100.—	Hirsch Kupfer	794.—	738.—
Reinstahl	1200.—	1180.—	Rheinmetall	680.—	—.—
Deutsche Kali	1350.—	1375.—	Otavi Minen	—.—	850.—
A.-G. f. Anilinf.	684 50	610.—			

Devisen-Vorkurse

	14. 2. 22 Mittelkurse	13. 2. 22 Geld	Brief
Amsterdam-Rotterd.	7500.—	7372.40	7577.60
Brüssel-Antwerpen	—.—	1648.35	1651.65
Christiania	3890.—	3836.65	3843.35
Kopenhagen	4110.—	4135.80	4167.20
Stockholm	5825.—	5279.70	5320.30
Italien	96.—	970.50	972.50
London	3.—	3.81.0	3.83.40
New-York	201.50	202.79	203.21
Paris	1710.—	1731.25	1736.75
Schweiz	3960.—	3901.—	3974.—
Bulgarien	—.—	135.83	136.15

Hallesche Notierungen, Halle a. S., 14 Febr. 1922

Anleihen.			
3½% Hall. Stadt-Anl. v. 1898	93.— G		
3½% „ „ v. 1899	88.— G		
3½% Hall. St.-A. v. 1900 S. 11	78.— b		
4% „ „ v. 1902	74.— bB		
4% „ „ v. 1905	73.— G		
4% „ „ v. 1910	78.— b		
4% Landsch. Zentral-Pfdbr.	94.50 G		
5% „ „	81.50 G		
5% „ „	81.— G		
4% Stadt. landsch. Pfdbr.	90.— bB		
5% „ „	90.— G		
5% „ „	77.— G		
3½% Provinzial-Anleihe	81.— G		
4% „ „	85.50 b		
3½% Halle-Nietst. Eisenb.-A.	80.—		
4% Gr. Berliner Straßenb. v. 1900	91.— G		
4% „ „ v. 1911	91.— G		
4% Bruckd.-Nietl. B.-V. H.-A.	90.— G		
4½% K. Sophie u. Wolmirstedt Eisenb. Stammprior.	97.— G		
4½% „ „ „ „ Anl.	90.— G		
3½% D. Grubenb. Bitterf. H.-A.	101.50 G		
5% G. Burbach H.-A. v. 1898			
5% Gew. Gutshoffnung Hyp.-Anl. rckz. 102%	105.— G		
5% G. Leonhardth Frankf.-A.	102.— G		
5% G. Vesta-Hyp.-A. v. 1902	102.— G		
4½% G. Augusta b. Bitterf.-A.	89.— G		
4½% „ „ „ „ „ v. 1902	89.— G		
4½% Hall. Pfännerschaft-A.	90.— bB		
5% „ „ „ „ rzb. 102%	100.— G		
4% Manst. Gew.-Anl. v. 1893	—.—		
4% „ „ „ „ v. 1908	96.— G		
4% „ „ „ „ v. 1906	89.— G		
4% „ „ „ „ v. 1911	89.— G		
4% Naumb. Braunk. abr. H.-A.	—.—		
4% „ „ „ „ „ B.-A. v. 1902	100.— G		
4% A. Riebeck Montanwerke-Anl. rzb. 102%	100.— G		
4% Stadt. Thür. braunkohl.-Verw. II Anl. rckzb. 102%	99.— G		
4½% G.-Thür. Br.-V.-A. v. 10.07	100.— G		
4% Waidauer Braunk.-Anl.	94.— G		
4% „ „ „ „ v. 10%	102.— G		
4% W.-Wolfsenf. Br.-A. v. 1899	94.— G		
4% „ „ „ „ v. 1908	94.— G		
4% „ „ „ „ v. 1912	94.— G		
4½% „ „ „ „ v. 1914	101.— G		

4% Z. Par. u. Bs. Aktienbr. A.	95.— G		
4½% „ „ „ „ A. v. 10%	101.— G		
4% Crollw. Papierfabr. B.-A.	89.— G		
4½% „ „ „ „ A. v. 1909	100.— G		
4½% „ „ „ „ v. 1912	101.— b		
4% Bilend Kattun Manuf. Hyp.-Anl. rckzb. 102%	101.— G		
5% Bleichw. Schafstädt Hyp.-Anl. rckzb. 101%	101.— G		
4% Fabr. f. Masch. f. Zimmerei u. Co. A.-G. H.-A. v. 1908	98.— G		
4% Kyffh. H. A. unk. bis 1925	94.— G		
4½% G. Lindner H.-A. v. 1909	101.— G		
4½% „ „ v. 1912 v. 10%	101.— G		

Aktien.

Hallescher Bankverein	255.— G
Diskontobank	245.— G
Hall. Pfännerschaft A.-G.	700.— bB
Riebeckische Montanw. A.-G	1400.—
W. Wolfsenf. Braunk.-A.-G.	1800.—
Ammendorfer Papierfabrik	2600.—
Crölwitzer Papierfabrik	1800.— b
Cönnerner Maschinenfabrik	660.—
Bilend Kattun Manufaktur	1450.—
Bismarck. Brauerei	850.— bB
F. M. F. Zimmermann & Co.	850.— bB
„ „ „ „ Vorz.-A.	850.— G
Glauziger Zuckerfabrik	1000.— G
Halbesche Maschinenfabrik	2100.—
Mitteldeutsche Mühlenwerke	860.— G
Kaiserzug Schmil-debern	450.— G
Anhaltischer Zuckerfabrik	—.—
Kyffhäuserhütte Nr. 1—1000	810.— G
„ „ Nr. 1001—1100	470.— G
Gottfried Lindner	1400.— G
Wernitz & Hübner	850.— b
Zeitzer Maschinenfabrik	—.—
Zuckerraffinerie Haus	1006.50
Halle-Nietst. Eisenb.-A.	100.— B
„ „ „ „ Lit. B.	88.— B

Kuxe.

Bruckd. Nietle b. Bergbau-Ver.	—.—

Wochenmarkt in Halle.

Nach unseren Notierungen wurden am Dienstag im Durchschnitt bezahlt für:

Weiße Bohnen 1 Pfd.	5.50—6.00	Petersilienw. 1 Bd.	1.80—2.00
Brisen 1 Pfd.	5.00	Zitronen 1 Stück	1.00—1.20
Weißkohl 1 Pfd.	3.00—3.50	Apfelsinen 1 Stück	1.80—4.00
Wirsingkohl 1 Pfd.	3.00	Reneiet 1 Pfd.	2.50—5.00
Rotkohl 1 Pfd.	3.00—3.50	Butter ½-Pfd.-Stück	24.00—26.00
Braunkohl 1 Pfd.	2.00—2.50	Mag 1 Pfd.	7.00
Wirsingkohl 1 Pfd.	1.50	Kalb 1 Pfd.	1.20—2.50
Rettiche 1 Stück	0.25—0.40	Pflaumenmus 1 Pfd.	7.00
Rote Rüben 1 Pfd	1.30	Hühner 1 Pfd.	15.00—17.00
Kohlrüben	1.00—1.25	Hähnchen 1 Stück	11.00—13.00
Selterie 1 Kopf	1.75—2.00	Tauben 1 Stück	5.00—12.00
Knoblauch 1 Pfd.	1.50	Wildenten 1 Stück	30.00
Meerrettich 1 Pfd.	10.00—15.00		

Sonst wurden auf dem Markte noch Fleische und Wurstwaren sowie Fische feilgeboten.

Von den Viehmärkten

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städtischen Schlacht- und Viehhofe zu Halle.

Bezahlt wurden am Montag, den 13. Februar 1922

Gattung	a) für 50 kg Fleischgewicht I. höchster Preis	II. niedrigster Preis	III. häufigster Preis	b) für 50 kg aus dem Nettoerlös Geschlachtetes Fleisch	Fleisch
	M.	M.	M.	M.	M.
Ochsen	1700	1100	1600	975	—
Bullen	1650	1500	1600	—	—
Kühe	1700	1100	1600	—	—
Jungrinder	—	—	—	—	—
Mastkälber	—	—	—	—	—
Jungkälber	1700	1600	1650	—	—
Schafe (Mast- und Schlachtgewicht)	1600	1600	1600	—	—
Schweine einfache Mittel und Geschlachtgewicht	1550	1450	1500	—	—
Sauen	1400	2200	2400	—	—

Aus Mitteldeutschland

„Rothelfergeist"!

Die Tens während des Eisenbahnerstreiks in Mitteldeutschland.

„Rothelfergeist!" Wir wollen hier nur ein Beispiel aus der großen Fülle praktischer Betätigung gelegentlich des Eisenbahnerstreiks herausgreifen. Ein Studierender der Universität Jena ließ seine Arbeit im dortigen Technisch-physikalischen Institut im Stich und stellte sich dem Gemeinwohl zur Verfügung. Während des Krieges hatte er sich bereits erfolgreich auf der Bagdadbahn betätigt. Kurz und sachlich war der Bericht, den dieser junge Mann dem Vorstand des Jenaer Maschinenamtes erstattete, über seine erste Fugführung nach Saalfeld, seine Tätigkeit und Erlebnisse fort, die durch die Ungunst der Witterung so erschwerte Rückfahrt nach Jena; die Drehscheibe in Saalfeld war nicht zu betätigen, die Maschine mußte also bei der grimmigen Kälte rückwärts — der Tender vorn! — fahren. Zwei Nächte hatte er schlaflos verbracht; trotzdem wünschte er noch einen „Mitzug" zu fahren. — Man konnte wirklich im Zweifel sein, ob man hier einen vor der Abschlußprüfung stehenden jungen Studenten vor sich hatte oder einen im Lokomotivführerdienst ergrauten Beamten. — Welches Vertrauen man diesem Herrn entgegenbrachte, beweist die Tatsache, daß er am 8. Februar d. J. den ersten wieder durchfahrenen Münchener D-Zug von Saalfeld nach Jena als Lokomotivführer führte. Ebenso tüchtig war sein Heizer-Rotheifer, ebenfalls Student. — Müßiges liefen sich diese Beispiele mehren Rothelfer-Tatgeistes aus den beim Eisenbahnerstreik im ganzen unbesetzten Deutschland gesammelten Erfahrungen vervielfachen.

Natürlich konnten bei weitem nicht alle die freiwilligen Hilfskräfte, die der Technischen Nothilfe bisher schon zur Verfügung standen, noch viel weniger alle die neuen, beim Eisenbahnerstreik gleichzeitig verwendet werden. Die Bedeutung einer zum Teil mehrfachen Reserve und dadurch bedingten Ablösungsmöglichkeit zur Vermeidung von Ueberanstrengung des einzelnen zeigte sich ja erst wieder so deutlich bei diesem Großeinsatz, der sich unter so erschwerenden Umständen vollziehen mußte. „Nur Beharrung führt zum Ziel!" Geduld ist's, die Kräfte aufspeichert, damit diese, wenn's nottut, ohne Verzug und in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Dieser Rothelfergeist wird sich durchsetzen — zum Heile unseres geplagten Vaterlandes! — „Bereit sein ist alles!" Schlr.

Dreifacher Mord

Hof i. B., 14. Februar.

Gestern abend drang in das isoliert stehende Haus des Schuhmachers Schnabel in dem nahen Regnitzlosa ein unbekannter junger Mann ein und gab, ohne ein Wort zu sagen, sofort auf die anwesenden Familienglieder mehrere Revolverschüsse ab. Die 17jährige Nichte des Schuhmachers wurde am Kopf getroffen und war sofort tot. Der Ehemann und die Frau wurden lebensgefährlich verletzt in das hiesige Krankenhaus eingeliefert. Die Gründe für die Untat sind unbekannt.

Die Ludendorffspende in Thüringen

Weimar, 13. Februar.

Ueber die deutsche Volksspende für Kriegsbeschädigte, die sogenannte Ludendorff-Spende, und ihre Verwendung sind in der Bevölkerung irrige Ansichten verbreitet. Zur Aufklärung wird amtlich folgendes verbreitet: In Thüringen wurden für die gesamte Spende, einschließlich der Zuwendungen aus dem Reichsfonds, Zinsen usw., insgesamt 3 008 073,24 M. aufgebracht. Diese Beträge sind in Thüringen geblieben. Die Mittel werden nach dem vom Reichsausschuß und dem Beirat der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in Thüringen herausgegebenen Richtlinien für Zuwendungen an hilfsbedürftige Kriegsbeschädigte verwendet. Am 1. Oktober betrug der Bestand der Wertpapiere und in der 2 475 631,79 M. Die Hauptfürsorgestelle und die Fürsorgestellen haben sich bisher bei der Verwendung der Zinsmittel streng an die vom Beirat der Hauptfürsorgestelle aufgestellten Grundsätze gehalten. Das Rechnungswesen der Hauptfürsorgestelle und Fürsorgestellen übermacht die Thüringer Versicherungsanstalt in Weimar. Die Jahresrechnungen und damit auch die Abrechnungen über die deutsche Volksspende werden von der Rechnungsrevision der Thüringer Landesversicherungsanstalt nachgeprüft, sodann dem vom Beirat der Hauptfürsorgestelle gewählten Rechnungsprüfungsausschuß zur Prüfung vorgelegt und endlich vom Beirat der Hauptfürsorgestelle richtig gesprochen.

= **Löbejün,** 13. Februar. ((Der Säge zum Opfer gefallen) sind die zwei großen alten Pappeln am Werbiser Berge in der Nähe des Wasserturmes. Damit ist wieder ein Stück Naturschönheit in der Umgegend Löbejüns verschwunden, und bald wird die nimmt sich jetzt der Blick ins Fuhnetal aus. Unser Heimatmaler Weßner-Collenben hat die Pappeln in seinem Bilde „Blick auf Löbejün" festgehalten, welches in zwei Bänden der Saalkreiswanderungen von Schulze-Galléra Aufnahme gefunden hat. Ein Besitzer aus Schieitau, der Eigentümer der Pappeln war, hat sie fällen lassen. Dies wird hier von vielen Naturfreunden sehr bedauert.

— **Gamburg,** 14. Febr. (Sieben Jahre in Sibirien.) Der Schlosser Fritz Fiedl von hier wurde im Herbst 1914 als in russische Kriegsgefangenschaft geraten gemeldet; ein Lebenszeichen von ihm gelangte aber seit der Zeit nicht in seine Heimat. Obwohl seine Frau alle aus Rußland Heimkehrenden vergeblich nach ihm fragte, ließ sie sich die Hoffnung nicht nehmen, daß ihr Mann noch am Leben sei und endlich heimkehren werde. Diese Hoffnung ist auch nicht zuschanden geworden, denn nach einer Nachricht, die jetzt an das Bürgermeisteramt gelangte, wurde der spurlos Verschwundene in einem Dorfe Sibiriens aufgefunden, wo er darauf wartet, auch endlich in die Heimat zurückbefördert zu werden.

— **Eilenburg,** 14. Februar. (Großfeuer in Wedelwitz.) Am Sonnabend abend entstand in dem L. Schladitzschen Gutsgrundstück ein größeres Schadenfeuer. Wohnhaus und Kuhstall wurden ein Raub der Flammen. Den aus der Umgebung herbeigeeilten Feuerwehren gelang es, die angrenzende Scheune und die anliegenden Gebäude zu retten. Der größte Teil des Hühnerbestandes fand in den Flammen seinen Tod. Sonst konnte sämtliches Rindvieh und Mobiliar gerettet werden. Dagegen wurde der ziemlich gefüllte Samenboden vernichtet. Als Ursache wird Kurzschluß in der elektrischen Stromleitung vermutet.

— **Torgau,** 14. Februar. (In der letzten Stadtverordnetensitzung) fand eine lebhafte Aussprache über den Ausbau des Mädchen-Gymnasiums statt. Gymnasialabteilung und Realabteilung sollen bis zur Hochschulreife durchgeführt werden. Wegen Raummangels aber und mangelnder Mittel wurde der Plan bis zu den Haushaltsberatungen zurückgestellt. Ferner wurde von der Versammlung der Erhebung einer Wohnungsbaubgabe zugestimmt in der Weise, daß von der Stadt das Dreifache der Abgaben beansprucht wird, die vom Staate erhoben werden. Nach der Erhöhung der Sätze der Fremdenkehrbergungssteuer und nachdem die Einführung einer Ausländungssteuer beschlossen war, brachte der Magistrat eine Vorlage ein zur Deckung des Defizits von ungefähr einer Million Mark. Er schlug vor, die Gewerbesteuer um 50 Prozent, und die Grundsteuer um 1000 Prozent zu erhöhen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, und es wurde beschlossen, den Fehlbetrag auf das neue Rechnungsjahr herauszuschieben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192202142-14/fragment/page=0007

— **Wittenberg**, 13. Febr. (Neue Titel) sind seit einigen Tagen bei der hiesigen Polizeiverwaltung eingeführt worden, und zwar heißt jetzt der Polizei-Obermachtmeister — Polizeiassistent, der Kriminal-Obermachtmeister — Kriminalassistent, die Polizeiwachtmeister und Kriminalwachtmeister — Polizeibetriebsassistenten. — Weshalb?

— **Jüterbog**, 13. Febr. (Die Errichtung eines Denkmals zu Ehren der im Weltkriege Gefallenen) der ehemaligen Kgl. Preußischen Feldartillerie-Schießschule, des Lehr-Regiments und der von ihnen aufgestellten Feldformationen (5. Garde-Feldart.-Regt., 6. Garde-Feldart.-Regt., 3. Garde-Reserve-Feldart.-Regt. usw.) geplant. Dieses Denkmal soll gelegentlich einer Zusammenkunft aller Jüterbooer Feldartilleristen möglichst im Herbst 1922 enthüllt werden. Alle früheren Angehörigen und Freunde der Schule, des Lehr-Regiments und der Feldformationen werden gebeten, das Werk durch Angabe ihrer genauen Anschrift und Geldspenden, durch Mitteilung der Gefallenen unter Angabe der Personalien, Tag und Ort des Todes sowie durch Nennung von Anschriften von Kameraden, denen dieser Aufruf möglicherweise nicht bekannt geworden ist, wirksam zu unterstützen. Es werden erbeten: a) Geldspenden an die Kreis-Girokasse Jüterbog (Postscheckkonto Nr. 38 000, Postscheckamt Berlin). Auf Abschnitt vermerken: „Für Denkmalsfonds. Girokonto Nr. 845"; b) Anschriften unter der Adresse: „Ehemalige Feldartillerie-Schießschule — Sammelstelle — Jüterbog.

— **Zerbst**, 12. Februar. (Zum 25jährigen Bestehen der Landwirtschaftlichen Schule) fand hier ein Vortragskursus des Vereins ehemaliger landwirtschaftlicher Schüler statt, der sehr stark besucht war. Der Vorsitzende, Gutsbesitzer Vollmann-Lindau, eröffnete die Festversammlung und wünschte der Jubilarin auch in Zukunft die gleichen Erfolge wie bisher. Der Liebe, Treue und Anhänglichkeit ihrer ehemaligen Schüler dürfte sie versichert sein. Dann hielt Direktor Burmeister einen längeren Vortrag, ebenso Generalsekretär Dr. Georgs von der Landwirtschaftskammer. Kreisdirektor Türcke sprach von dem wachsenden Interesse für die Landwirtschaftsschule, besonders in den Kreisen Köthen und Dessau und im preußischen Kreise Jerichow. Das gebe die Gewißheit, daß die Zerbster Landwirtschaftsschule etwas ganz Besonderes sein müsse. Er schloß unter großem Beifall: Lassen Sie uns vertrauensvoll in die Zukunft blicken. Jeder muß seine Wirtschaft so einrichten, daß sie auch trotz der Steuersatz noch leistungsfähig bleibt. Es muß dahin kommen, daß jede Bauernwirtschaft eine Musterwirtschaft wird, wie es viele im Köthener Kreise gibt, dann wird das deutsche Volk nicht untergehen — Auch der übrige Teil der Tagung verlief äußerst anregend.

— **Zerbst**, 14. Februar. (Die mitteldeutsche Landwirtschaft) will für den Bau der Ausstellungshalle, die für Magdeburg beschlossen worden ist, eine Million Mark beisteuern. Die Landwirtschaftskammer für Anhalt hat in ihrem Vorstande die Beteiligung der anhaltischen Landwirtschaft an dieser Summe ermogen. Man ist zu der Ansicht gekommen, daß von der genannten Gesamtsumme auf Anhalt etwa 80 000 Mark kommen könnten und auch wohl aufgebracht werden würden. Schätzungsweise würden etwa 50 000 Mark auf die Rindviehzüchter, 20 000 Mark auf die Pferdezucht, und je 5000 Mark auf die Schweine- und Schafzucht entfallen.

— **Dessau**, 14. Febr. (Um den Wiederaufbau des Dessauer Theaters.) Der Bund bildender Künstler Anhalts, der 46 bildende Künstler umfaßt, hat sich mit der Frage des Theaterneubaues beschäftigt und eine Entschließung gefaßt, die fordert, daß der Neubau des Theaters schleunigst in Angriff genommen werden möge und daß für ein Provisorium keine erheblichen Mittel gebraucht werden, die dem Neubau zugute kommen könnten. Ein Wiederaufbau an der alten Stelle wird aus Gründen der Sicherheit und der Verlangsamung sowie der Verteuerung des Baues verworfen. Als besonders zweckmäßig für den Neubau wird der Kaiserplatz bezeichnet, der in hervorragender Weise alle Bedingungen erfülle, die heute an einen Theaterbauplatz in städtebaulicher, baukünstlerischer und wirtschaftlicher Beziehung sowie aus Gründen des Verkehrs und der Sicherheit gestellt werden müßten.

tzk. **Saalfeld**, 14. Febr. (Während des Eisenbahnerstreiks) ist auf Bahnhof Saalfeld dadurch Sabotage verübt worden, daß der Hakenverschlußbolzen von der vom Stellwerk Ss. bedienten Weiche 110 entfernt, die Scherenhebel an drei Einfahrt-Signalmasten entfernt und Sicherungen an der Lichtanlage ausgeschraubt worden sind, wodurch schwere Unglücksfälle herbeigeführt werden konnten. Für Ermittelung der Täter wird in jedem einzelnen der angeführten Fälle eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

tzk. **Sonneberg**, 12. Februar. (Entlassung der Mitglieder des Stadttheaters.) Die Direktion des Stadttheaters teilt mit: Nachdem das Personal am 6. Februar eine bis 16. Dezember rückwirkende 70proz. Aufbesserung, bis auf ein Mitglied, das im Anfängerstadium steht, ausgezahlt erhalten hat, verweigerte das gesamte Personal, ohne mit der Direktion über das Mitglied zu verhandeln, am Dienstag die Arbeitsaufnahme, worauf Direktor Theiling nach dreimaliger Aufforderung zur Dienstleistung, welcher nicht Folge geleistet wurde, nach § 13 des Bühnennormalvertrages von seinem Rechte der fristlosen Kündigung sämtlicher Angestelltenverträge Gebrauch machen mußte.

— **Suhl**, 14. Febr. (Ein empfindlicher Verlust.) Ein Suhler Gastwirt, der aus Würzburg eine Weinsendung im Werte von 20 000 Mark erhielt, mußte beim Auspacken die unangenehme Entdeckung machen, daß fast der ganze Wein gefroren und ein großer Teil der Flaschen gesprungen war. Es dürfte die Frage aufzuwerfen sein, ob die Bahn für den Schaden verantwortlich gemacht werden kann.

△ **Weimar**, 13. Febr. (Ueber die Höhe der Gehälter der oberen und obersten Beamtengruppen) wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderates der Stadt Weimar von seiten des Gemeinderatsmitgliedes Moog, dem Vorsitzenden des Sozialen Ausschusses der Privatangestelltenverbände Thüringens, eine kleine, aber bezeichnende Debatte angeregt. Derselbe benutzte, als die Auszahlung der Zulagen der städtischen Beamten zur Diskussion stand, die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß in den Gemeindeämtern eine ganz erhebliche und ungerechtfertigte Gehaltsspannung herrsche. So erhalte ein seit Jahrzehnten im Dienste der Stadt stehender Obersekretär kaum mehr als 20 000 M. Gehalt, während man noch den neueren Gehaltsskalen „ganz automatisch" dem Oberbürgermeister Müller 125 000 Mark zahlen müsse (Weimar hat knapp 38 000 Einwohner). Diese außerordentliche Belastung der städtischen Finanzen werde noch dadurch erhöht, daß der im Ruhestande lebende frühere Oberbürgermeister 76 000 M. Pension bekomme und die Witwe des verstorbenen Oberbürgermeisters Debst jährlich 82 000 M. zu gleiche. Diese drei Personen kosten der Stadt also jährlich 238 000 Mark! Das genannte Gemeinderatsmitglied hält es für angebracht, daß die Oeffentlichkeit einmal Kenntnis von diesen Verhältnissen erhalte, da man sich bisher offenbar gescheut habe, solche Zahlen öffentlich bekanntzugeben.

△ **Weimar**, 13. Febr. (Unterbringung erwerbsloser Arbeiter in Staatsbetrieben.) Wie das Staatsministerium bekanntgibt, hat der Reichsarbeitsminister ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß Stammarbeiter, die infolge der Einschränkung oder Stillegung von Reichs- oder Staatsbetrieben arbeitslos werden, in anderen Reichs- und Staatsbetrieben bevorzugt eingestellt werden. Alle thüringischen Staatsbehörden, die offene Stellen für Staatsarbeiter zu besetzen haben oder bei denen Staatsarbeiter zur Entlassung kommen, werden daher veranlaßt, die offenen Stellen und die Arbeitsgesuche von Staatsarbeitern rechtzeitig beim zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis anzumelden. Die öffentlichen Arbeitsnachweise sind vom Staatsministerium angewiesen, durch Verbindung miteinander — Erstattung entsprechender Meldungen für die Stellenliste des Landesamtes für Arbeitsvermittlung — den Ausgleich von Angebot und Nachfrage im Sinne des Ersuchens des Arbeitsministers zu vollziehen.

— **Weimar**, 14. Febr. (Kein Lateinunterricht in der Sexta.) Die Thüringer Regierung hat angeordnet, daß von Ostern 1922 ab in allen höheren Lehranstalten Thüringens der Unterricht in der lateinischen Sprache in der untersten Klasse (Sexta) durch Einführung des französischen Unterrichts ersetzt werden soll.

Bevorstehende Neueinberufungen von Militäranwärtern. Die seit dem 1. Mai v. J. angeordnete Sperre der Einberufung der Militäranwärter in die ihnen zustehenden plannmäßigen Stellen des mittleren Staatsdienstes wird, wie wir von zuständiger Stelle hören, in nächster Zeit aufgehoben werden, nachdem sich übersehen läßt, wieviel Militäranwärter auf Grund der neuen Anstellungsgrundsätze einberufen werden können.

Klosterschule Donndorf. Eltern, die für ihre Knaben eine gute Schule mit Internat suchen, werden auf die eb. Klosterschule Donndorf aufmerksam gemacht. Sie ist eine alte Stiftung der Herren v. Werthern und umfaßt die drei unteren Gymnasialklassen mit etwa 50 Zöglingen. Jüngere Knaben sind dort sehr gut aufgehoben, denn sie befinden sich in steter Aufsicht, genießen eine ebenso kräftige wie reichliche Kost und gedeihen ganz kräftig in der frischen, reinen Berg- und Waldluft. Da die Klasse mäßig besetzt sind und der einzelne Schüler somit eingehend berücksichtigt werden kann, erfreut sich die Klosterschule bester Erfolge. Die ernste, aber liebevolle Erziehung erstreckt eine tüchtige Charakterbildung, besonders Fleiß, Redlichkeit und Gottesfurcht. Somit kann die Klosterschule Donndorf besonders für solche Knaben empfohlen werden, die den Zerstreuungen und anderen Schäden des Stadtlebens entrückt werden sollen.

— Einem Teile unserer Auflage liegt ein Prospekt „Das Glück" vom Bankhaus H. Christian Andersen, Zoppot-Danzig bei, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Amtliche Bekanntmachungen

III. Nachtrag

zur Verordnung vom 11. August 1921 über die Regelung des Verkaufs von Brot und Mehl.

Auf Grund der §§ 34 und 49 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (R.G.Bl. S. 737) wird die oben genannte Verordnung, sowie der I. und II. Nachtrag hierzu vom 18. November 1921 bezw. 30. Januar 1922 mit Wirkung vom 20. Februar 1922 wie folgt geändert:

Der Höchstpreis für	1800 g	Roggenbrot beträgt	11,25 M.
„ „ „	85 g	„	0,55 M.
„ „ „	85 g	Weizenbrot	0,65 M.
„ „ „	1800 g	Roggenschrotbrot	10,75 M.
„ „ „	900 g	„	5,40 M.
„ „ „	1700 g	Weizenschrotbrot	11,60 M.
„ „ „	850 g	„	5,80 M.
„ „ „	425 g	„	2,90 M.
„ „ „	850 g	Krankenbrot	6,70 M.
„ „ „	425 g	„	3,35 M.
„ „ „	85 g	„	0,70 M.
„ „ „	332 g	Roggenmehl	2,60 M.
„ „ „	332 g	Weizenmehl	2,75 M.
„ „ „	332 g	Krankenmehl	3,00 M.

Halle, den 10. Februar 1922.

Der Magistrat.

Vergebung

der Installationsarbeiten (Los I Gasleitung, Los II Wasserleitung und Klosettanlagen) zum Ausbau der Unterburg Giebichenstein

am 23. Februar d. Js., vorm. 10 Uhr

im Zimmer Nr. 106 des Sparkassengebäudes, Raiffeisenstr. 6, II. Angebotsvordrucke von 10—12 Uhr vormittags ebenda zum Preise von 3 ℳ für Los I und 5 ℳ für Los II.

Halle, den 14. Februar 1922.

Städtisches Hochbauamt.

Miet-Gesuche

2 Büroräume

evtl. 4—6-Zimmerwohnung

von Eisengroßhandlung für sofort spätestens 1. April 1922 zu mieten gesucht.

4-Zimmerwohnung

könnte evtl. gegen Dortmund getauscht werden. Angebote unter Z. 7135 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Größeres Ladenlokal

möglichst in der Nähe Riebeckplatz

zu mieten gesucht.

Evtl. kommt der Ankauf eines geeigneten Grundstückes in Frage. Angebote unter B. U. 6878 an Rudolf Mosse, Gräbenstr. 4.

Fabrik landwirtschaftl. Maschinen

F. Zimmermann & Co.,

Aktien-Gesellschaft, Halle a. S.

Bilanz am 30. September 1921.

Aktiva.

	ℳ	₰
1. Grundstücke	485 000	—
2. Gebäude	144 000	—
3. Maschinen, Apparate und Fabrikeinrichtungen	3	—
4. Werkzeuge und Utensilien	3	—
5. Modelle	1	—
6. Formkasten	1	—
7. Büro-Utensilien	1	—
8. Pferde und Wagen	1	—
9. Patente	1	—
10. Einrichtungen und Neubau der Filialen Berlin, Schneidemühl, Breslau	4	—
11. Bestände	6 410 246	73
12. Kassa	85 822	15
13. Effekten	39 801	—
14. Postscheck-Guthaben	158 937	71
15. Außenstände	6 544 198	90
	13 868 021	49

Passiva.

	ℳ	₰
1. Aktien-Kapital	7 700 000	—
2. 4% Schuldverschreibungs-Anleihe von 1885	400 500	—
3. 5% Schuldverschreibungs-Anleihe von 1914	210 000	—
4. Buchschulden	2 514 116	30
5. Delkredere-Konto	300 000	—
6. Reservefonds-Konto	460 000	—
7. Erneuerungs- und Dispositionsfonds-Konto	500 000	—
8. Schuldverschreibungstilgungs-Konto II; noch nicht eingelöste ausgeloste Schuldverschreib.	31 000	—
9. Schuldverschreibungszinsen-Konto I; noch nicht eingelöste Zinsscheine	1 970	—
10. Dividenden-Konto I; noch nicht eingelöste Dividendenscheine	6 260	—
11. Dividenden-Konto II; noch nicht eingelöste Dividendenscheine	1 280	—
12. Dividenden-Konto III; noch nicht eingelöste Dividendenscheine	3 360	—
13. Rücklage-Konto für Reichsnotopfer	254 250	—
14. Hypotheken-Konto Ammendorf	230 000	—
15. Gesamt-Gewinn- u. Verlust-Kto.: Vortrag aus 1919/1920 ℳ 53 297,28 Gewinn aus 1920/1921 ℳ 1 171 987,91	1 225 285	19
	13 868 021	49

Gewinn- und Verlust-Konto am 30. September 1921.

Soll.

	ℳ	₰
An Fabrikations- und Geschäftsunkosten	4 915 901	89
An Abschreibungen	74 521	95
An Gewinn-Vortrag ℳ 53 297,28 An Reingewinn 1 171 987,91	1 225 285	19
	6 215 709	03

Haben.

	ℳ	₰
Per Gewinn-Vortrag	53 297	28
Per Gesamt-Ertrag	6 162 411	75
	6 215 709	03

Halle a. S., den 30. September 1921.

Der Vorstand.

W. Jordan. E. Busch.

In der Generalversammlung vom 10. Februar 1922 wurden die satzungsgemäß ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats, die Herren Kaufmann Oscar Manschewski, Halle a. S., und Rittergutsbesitzer Alwin Schurig, Zeestow, wiedergewählt.

Von heute ab steht eine große Auswahl belgischer

Arbeitspferde

sowie

Oldenburger

Wagenpferde

bei mir zum Verkauf.

S. Pfifferling, Halle a. S.,

Franckestraße 17.

Telephon 6288.

Die 7. Zucht- und Nutzvieh-Versteigerung

der Viehverkaufsvereinigung Hebisfelde-Kaltendorf und Umgegend, eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht, hat des Eisenbahnerstreiks wegen am 6. d. Mts. nicht stattfinden können.

Die Versteigerung findet nunmehr am

Montag, 20. Febr. 1922,

vormittags 11½ Uhr statt.

Kisten mit Deckel

10 Stück von 90—48—30 bis 40—40—36

zu verkaufen.

Paul Keimath.

Lauchstädterstraße 23 I.

Besseres Wohnzimmer zu verkaufen, dunkel Mahagoni mit grün. Bezug, 1 Sofa, 2 Sessel, 8 Polsterstühle, gr. Spiegel, große Konsole, 5fl. Krone elektr., Postament mit Figur elektr., Plüschstühle.

Magdeburger Str. 13 p.

Mehrere

la Deckeber,

Jungeber, ca. 8 Monate alt, deckfähig, bester Abstammung, ausgesuchte Tiere Berkshire und deutsches Edelschweine auch tragende Sauen zur Besteilung hat abzugeben

M. Weber,

Zucht- und Mastanstalt Peißen.

Fernruf Halle 1105.

Holzversteigerung.

Dienstag, den 21. Febr. 1922, vorm. 10 Uhr

kommen im Scopauer Holz meistbietend zum Verkauf:

etwa 180	Eichen	0,16 bis 2,24	Festmeter
„ 31	Rüstern	0,12 bis 2,83	„
„ 15	Eichen	0,19 bis 6,62	„
„ 13	Pappeln	1,16 bis 4,68	„
„ 2	Birken	0,28 bis 0,69	„
„ 1	Ahorn	0,77	Festmeter
„ 1	Apfelbaum	0,15	„

Mittwoch, den 22. Febr. 1922, vorm. 11 Uhr

etwa 40 Raummeter Eichenscheite und Knüppel
„ 17 „ Rüstern und Knüppel
„ 15 „ Pappelscheite
„ 11 „ Eichenscheite
„ 40 Haufen Abraum
„ 16 „ Busch.

Sammelplatz: Ostausgang des Holzes. Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben.

Rittergut Scopau

bei Merseburg. Fernsprecher Nr. 47.

Holzauktion.

1. Am Montag, den 20. Febr., vorm. 9 Uhr

Nutzholz-Auktion.

64 Stück Eichen = 22,75; 41 Stück Rüstern = 18,7[illegible]; 15 Stück Ellern = 15; 3 Stück Birken = 2,49; 19 Stück Ahorn = 4,45; 3 St. Linden = 1,27; 1 St. Kastanie = 2,40; 6 Stück Weiden = 2,82; 2 Stück Eschen = 0,65; 7 Stück Akazien = 1,47; 7 Stück Pappeln 4,69 Festmeter.

2. Am Dienstag, den 21. Febr., vorm. 9 Uhr

Brennholz-Auktion

von rd. 100 Haufen Laben-, Scheit- und Reisigholz.

Rittergutsverwaltung Diesten

bei Halle a. S.

---

80 Kutschwagen,

groß. Lager neuer Wagen all. Gattungen. Gelegenheitskäufe wenig genutzt. Wagen, Pferdegeschirre, Reparaturgerätskiste.

Hermann Hoffscheulte, Wagenfabrik.

Berlin SW. 6, Luisenstr. 21.

Von Donnerstag stehen

frischmilchende und hochtragende Kühe und Färsen

preiswert bei mir zum Verkauf.

H. Boyde, Brehna.

Tel. Roitzsch 12.

Miet-Gesuche

Student sucht s. 15. d. oder 1. 5.

1 Zimmer möbliert

Gefl. Angeb. u. A. [illegible] an die Geschäftsst. d. Ztg.

2 jg. Leute suchen möbl. Zimmer od. Schlafstelle in Halle, Merseburg od. Umg. u. Preise. Off. [illegible] an A. Geschäftsstelle d. Ztg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192202142-14/fragment/page=0008